

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt-Geld“ Nr. 6650-53.

Von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

„Tagblatt-Geld“

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangirung. — 3. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämtern, ausschließlich Belegstellen. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Verlags, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die dortigen Hauptstellen und in den benachbarten Provinzen und im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 10 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Anger“ in deutscher Sprache; 20 Pf. für Anzeigen in anderen Sprachen, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pf. für lokale Anzeigen; 2 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Einzelne, halbe, dritte und vierte Zeile, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Nummern: Für die Rhein- und Ruhr-Region, bis 12 Uhr

berlin. Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernr.: Amt 1144 und 450 u. 451.

Rür die Aufnahme von Anzeigen an besprochenen Tagen und Plätzen nach frische Benachrichtigung.

Samstag, 14. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 75. • 62. Jahrgang.

Die Politik der Woche.

Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat einer alten Gepflogenheit folgend sich auf dem Festmahle des deutschen Landwirtschaftsrats über die gegenwärtigen Zeitläufte ausgesprochen, wobei er begreiflicherweise die Fürsorge der Regierung für die Landwirtschaft in die erste Reihe stellte. Viel bemerkt wurde die entschiedene Kampfanzeige an die Sozialdemokratie, deren Vordrängen durch große Wahlerfolge gefährdet sei; da gebe es kein Baktieren, sondern nur Kampf! Die Sozialdemokraten des preussischen Abgeordnetenhauses haben übrigens just zur rechten Zeit dafür Sorge getragen, daß diese Kampfanzeige des Kanzlers besonders starken Widerhall finde, denn die unter dem Beifall der Genossen verübte Redeobstruktion des Abgeordneten Hoffmann hat in allen bürgerlichen Kreisen bis zur äußersten Linken die schärfste Verurteilung gefunden und starke Erbitterung erregt. Im übrigen hat Herr v. Bethmann-Hollweg bei seiner Ansprache die Parität gewahrt, indem er auch der äußersten Rechten eine Verleumdung. Seine Mahnworte gegen die alte deutsche Nationalallianz des Partikularismus müssen notwendigerweise in erster Reihe auf die Begründung des Preußenbundes bezogen werden, wenn der Kanzler dabei auch in zweiter Linie an den elassischen Partikularismus gedacht haben mag.

In der zweiten Kammer des elassisch-Lothringischen Landtags hat unterdessen das Debit des neuen Staatssekretärs Grafen v. Mollath stattgefunden, der erklärte, ein Programm nicht vorlegen zu können, da zur Entwicklung eines neuen Programms kein Anlaß sei. Die von dem Staatssekretär ausgesprochene Mahnung, daß der Kampf der Meinungen in den Reichsländern künftig getragen sein möge von der Überzeugung, daß auch der andere nur das Beste des Reiches und dieses Landes, wenn auch vielleicht auf verschiedenen Wegen, erstrebe, wird hoffentlich auf fruchtbaren Boden fallen, mag auch in den elassischen Kreisen zurzeit vielfach noch eine sehr ablehnende Stimmung herrschen.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß die „elassischen Sensationen“ in der französischen Presse keine sonderliche Rolle mehr spielen, und daß man dort jetzt ein größeres Interesse den kurz vor dem Abschluß stehenden deutsch-französischen Verhandlungen über Kleinasien und die Bagdadbahn zuwendet. In dem gleichen günstigen Stadium befinden sich, wie aus der vom König Georg verlesenen Thronrede zur Eröffnung des englischen Parlamentes hervorgeht, das englisch-türkische Abkommen über die Bagdadbahn und den Verfall des Golf sowie die entsprechenden deutsch-englischen Abmachungen, die wiederum mit den deutsch-französischen in engem Zusammenhang stehen.

In der inneren englischen Politik steht zurzeit die irische Homesteadbill, die jetzt im Unterhause zur dritten Lesung gelangt, im Vordergrund des Interesses, und die durch die Gegenbewegung der Provinzialisten und die Opposition der Konservativen geschaffene Lage erscheint um so kritischer, da zu diesen Meinungsverschiedenheiten noch die keineswegs ganz gehobenen über die Flottenfrage treten. Wenn auch das Unter-

haus den Antrag Longs, der vor der Weiterberatung der Homesteadbill eine erneute Befragung der Wähler forderte, mit 333 gegen 225 Stimmen ablehnte, so scheint das Kabinett Asquith angesichts der wachsenden Opposition auch in den eigenen Reihen keineswegs mehr so festsitzend zu sein.

In Rußland ist der Ministerpräsident Kozlov der doppelten Opposition von rechts und von links gewichen, aber in erster Reihe waren es natürlich die Parteien der Rechten, welche, verstärkt durch den Vorstoß seines Vorgängers Witte, die Stellung des Ministerpräsidenten so erschüttert hatten, daß er trotz der ihm wiederholt bewiesenen Gunst des Zaren nicht mehr mitspielen wollte. Sein Nachfolger Goremykin, der schon zur Zeit der ersten Duma an der Spitze des Kabinetts gestanden hat, wird dem Verband der elassischen Leute und den Sozialisten jedenfalls weit willkommener sein, aber in der Duma wird man sich angesichts der jetzt zu erwartenden schärferen Tonart auf Kampf und Sturm gefaßt machen können.

Auch der schwedische Ministerpräsident Staaff hat sich infolge des offenen Konflikts zwischen der Regierung und dem König in der Rüstungsfrage zur Demission genötigt gesehen, obwohl er im Parlament über die Majorität verfügte. Aber die zahlreichen Kundgebungen aus dem Lande haben doch gezeigt, daß dessen Mehrheit in der Frage des Ausbaus der nationalen Verteidigung auf Seiten des Königs steht, und mit dieser Stimmung wird der neue Ministerpräsident rechnen müssen.

Einigermassen entgegengesetzt sind die Ursachen, die zu der Krisis in Japan geführt haben. Dort macht sich in weiten Volkskreisen eine Protestbewegung gegen die wachsenden Rüstungen bemerkbar, die, verstärkt durch die Beistehungsaffären in der Marineverwaltung, sogar zu einem, freilich siegreich abgebliebenen Sturm auf die japanische Kammer geführt haben. Eine starke Spannung macht sich in letzter Zeit zwischen Japan und der Nordamerikanischen Union fühlbar, wo man die Loslösung der heimischen Unterwelt von der Regierung bezichtigt, während Wilson und Bryan jetzt offen den Gegenpräsidenten General Villa unterstützen. So arbeitet in Mexiko der rollende Dollar gegen den Yen. ... Gauck du meinen Willa, hau ich deinen Guertal!

Eine Kundgebung gegen den „vierten Weg“.

Der Gesamtverein Frauenbildung-Frauenstudium hat eine von allen preussischen Abteilungen des Vereins unterzeichnete, sehr ausführlich begründete Eingabe an das preussische Kultusministerium und an das Abgeordnetenhaus eingebracht. Die Eingabe beschäftigt sich mit dem Erlaß vom 11. Oktober 1913, der die Erweiterung der Studienberechtigung der Oberlyceen brachte und schließt mit der Bitte, „das königliche Ministerium wolle den in dem Erlaß bezeichneten Weg zur Universität nur als Übergangsmaßnahme ansehen und hinsichtlich bald die der Anabinbildung gleichwertige Vorbildung durch die Studienanstalt auch für die Mädchen verlangen“. Zur Begründung dieser Forderung heißt es u. a.: „Wir wissen, daß weder den Frauen

nach der Allgemeinheit damit gedient ist, wenn nervöse, überarbeitete Frauen in die höheren Berufe eintreten, deren Ausübung gesunde Kräfte und leistungsfähige Persönlichkeiten verlangt; wir wissen, daß wir den Universitäten nicht zumuten dürfen, sich mit einem zahlreichen Material geistig oder körperlich unzureichender Studentinnen zu belasten. Deshalb sind wir von jeher dafür eingetreten, daß nur die Bestbegabten unter den Frauen studieren sollen und daß die Vorbereitung die denkbar zweckmäßigste sein soll.“ Weichen Prinzipien aber, so heißt es in der Eingabe weiter, entspricht die neue Verordnung nicht. Sie bietet

1. keine Gewähr, daß nur die Bestbegabten zum Studium zugelassen werden. Die Reifeprüfung des Oberlyceums muß sich mit einem Feststellen des erforderlichen Mindestmaßes an Kenntnissen begnügen; sie kann nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt vorgenommen werden, ob die Abiturientinnen zu wissenschaftlicher Weiterarbeit befähigt sind oder nicht. Wird die Prüfung einseitig auf die Bedürfnisse der Studierenden zugeschnitten, so werden dem Lehrerratsstande wertvolle Kräfte entzogen. Geschieht dies aber nicht, so werden den Universitäten von den 124 Oberlyceen sehr viele Elemente zuströmen, die nicht dahin gehören. Ebenfalls ist

2. der Weg durch das Oberlyceum die denkbar zweckmäßigste Vorbereitung für das Studium. Denn die Schülerinnen der Oberlyceen werden immer, welches Fach sie auch wählen mögen, noch vorbereitender Studien während des eigentlichen Studiums bedürfen. Ferner ist trotz unverhältnismäßig großem Zeitaufwand für die Vorbereitung nicht einmal die Gefahr der Überarbeitung durch die häufige Vorbereitung zu den Nachkamina ausgeschlossen. Vor allem aber ist der Fortfall jeglicher Ergänzungsprüfung für die weiblichen Studierenden des höheren Lehramts den Anforderungen sowohl ihres Studiums wie ihres Berufes durchaus zuwider. Es scheint jetzt an der Zeit, alle besonderen Erleichterungen für die Frauen aufzugeben.

Der Eingabe ist eine Erklärung beigelegt, die von mehr als 300 preussischen Universitätsprofessoren unterzeichnet ist. In dieser Erklärung heißt es: Die Unterzeichneten können in der feministischen Vorbildung keinen gleichwertigen Ersatz für einen der drei seither geltenden Vorbildungswege erkennen. Die Nachkamina können nur in einzelnen Fällen als Notbehelf gelten. Die große Verschiedenheit in der Vorbildung der Studenten macht sich jetzt schon unangenehm bemerkbar. Die Schülerinnen des Oberlyceums würden diesen verschiedenen Vorbildungsarten noch eine neue hinzufügen, die für keines der Studienfächer als ausreichend angesehen werden kann. Es liegt keinerlei Bedürfnis vor, eine große Anzahl von weniger gut vorbereiteten Studentinnen heranzuziehen. Bei der großen Überfüllung aller Berufe mit akademischer Vorbildung wäre es eher berechtigt, die Zulassungsbedingungen zur Universität zu erschweren, als sie zu erleichtern. — Am Schlusse der Erklärung wird die in der Eingabe ausgesprochene Bitte, den „vierten Weg“ nur als Übergangsmaßnahme anzusehen, wiederholt.

Unter der Erklärung stehen die Namen der bedeutendsten Universitätslehrer Deutschlands; so u. a.: Anshütz, Bornhauf, Brandl, Delbrück, Eulenburg, Erdmann, Gierke, Gornau, Schmoller, Niehl, Sering, Wagner, Wilamowitz, Diebel, Jörn, Krichel, Schulze (Dorn), Gaisel, Gaisel, Oldenberg, Riede, v. Hippel, Jester, Kahlmeyer, Kahlmeyer, Baumgarten, Deussen, Liepmann, Niemeyer, Ratorp und noch viele mehr. Alle Fakultäten und alle Fächer der philosophischen Fakultät sind vertreten. Die Vertreter der Wissenschaft haben sich also gegen den „vierten Weg“ ausgesprochen.

Himmelerscheinungen

im Februar 1914.

Wesentlich schneller als im ersten Monat des Jahres steigt die Sonne im Februar nordwärts; während nämlich die Abnahme ihrer südlichen Declination im Januar nur 5 1/2 Grade betrug, erreicht diese in dem obenbreiten viel größeren Februar volle 9 Grade. Am 1. Februar ist die Abweichung der Sonne vom Äquator gleich — 17° 16' 1.0, und am 28. Februar ist sie gleich — 8° 11' 12.1. Daraus findet man folgende Mittagshöhen der Sonne: für den Parallel von 54° (Norddeutschland) 18° 44' am 1. und 27° 49' am 28., für den Parallel von 51° (Mitteldeutschland) 21° 44' am 1. und 30° 49' am 28., sowie für den Parallel von 48° (Süddeutschland und Österreich, etwa die Breite von Wien) 24° 44' am 1. und 33° 49' am 28. Februar. Die Tageslänge wächst demgemäß im nördlichen und mittleren Gebiete von 9 auf 10 1/2 Stunden und im südlichen Gebiet, ähnlich auch in der deutschen Schweiz, von 9 1/2 auf 11 Stunden. Durch die Dämmerungen erhöht die Tagesdauer morgens und abends noch eine Verlängerung von 1 1/2 Stunden.

Unser Mond zeigt im Februar folgenden Phasenwechsel: Erstes Viertel am 3., um 11 Uhr 33 Min. vormittags, Vollmond am 10., um 6 Uhr 35 Min. nachmittags, Letztes Viertel am 17., um 10 Uhr 23 Min. vormittags, und Neumond am 25., um 1 Uhr 2 Min. vormittags. Der Mond steht in Ordnung am 12. Februar, um 2 Uhr nachmittags, und in Erdferne am 28. Februar, um 10 Uhr vormittags. — Von helleren Sternen werden im Februar zwei beobachtet: am 3. der Stern Epsilon (Größe 4.6) des „Widders“, Eintritt für Berlin um 6 Uhr 22.1 Min. nachmittags und

Austritt um 7 Uhr 42.3 Min. nachmittags, ferner am 11. der Stern Alpha (Regulus, Größe 1.3) des „Löwen“, Eintritt für Berlin um 6 Uhr 51.7 Min. vormittags und Austritt um 7 Uhr 41.9 Min. vormittags.

In der Nacht vom 24. zum 25. Februar ereignet sich eine in Europa unsichtbare ringförmige Sonnenfinsternis. Diese beginnt am 24. Februar, um 10 Uhr 48 Min. nachmittags, und endet am 25. Februar, um 3 Uhr 41 Min. vormittags. Sichtbar ist die Finsternis an der Südpole Südamerikas, in der südlichen Hälfte des Stillen Ozeans, in der südlichen Hälfte Rußlands und in den Südpolarregionen.

Von den großen Planeten beherrschen noch weiter Mars und Saturn den nördlichen Himmel. Merkur, der am 22. Februar, um 7 Uhr nachmittags, seine größte Ausweichung von der Sonne, 18° 6', erreicht, ist im Bilde des „Wassermanns“ von Monatsmitte an etwa 1/4 Stunde lang am Abendhimmel sichtbar. Am 21. Februar, um 6 Uhr nachmittags, gelangt Merkur in sein Perihel und ist dann nur 0.3075 Erdbahnhabemessung von der Sonne entfernt, sein Äpfel erreicht der Planet bereits am 6. April, und zwar bei einem Sonnenabstande von 0.4667 Erdbahnhabemessung. — Merkur besitzt bekanntlich von allen großen Planeten die größte Erzentritalität der Bahn: 0.2056. — Venus, die am 11. Februar, um 9 Uhr nachmittags, ihre obere Sonnenkonjunktion durchläuft, hält sich für das bloße Auge verborgen. Sie steht am 4. Februar, um 8 Uhr vormittags, im Äpfel, doch ist ihr Sonnenabstand wegen der geringen Bahnexzentrizität, der Kleinsten von allen Planetenbahnen, nur wenig von ihrem Sonnenabstande im Perihel verschieden, ihre Abstände Sonnen von 0.7283 bis 0.7184 Erdbahnhabemessung. Von der Erde ist Venus am 15. Februar am

weitesten entfernt: 1.711 Erdbahnhabemessung oder Einheiten à 149.48 Millionen Kilometer. — Mars bleibt noch nahezu die ganze Nacht hindurch sichtbar; er steht bei Dunkelwerden schon hoch im Osten und kulminiert anfangs gegen 10, zuletzt bald nach 8 Uhr abends. Man sieht ihn im Bilde der „Zwillinge“ infolge seiner rückläufigen Bewegung schon recht weit von Pollux nach Westen (rechts) abgerückt, doch wird der Planet am 13. Februar wieder rechtläufig. Mars entfernt sich jetzt wieder von der Erde, sein Abstand nimmt von 0.725 auf 0.833 Einheiten zu, wodurch sein scheinbarer Durchmesser von 13" bis auf 11" herabsinkt. Am 7. Februar hat der Mond mit Mars Konjunktion, und zwar bewegt sich der Mond nordlich an dem Planeten vorbei. — Jupiter, der erst am 20. Januar in Sonnenkonjunktion gestanden hat, bleibt im Februar und auch im März noch dem unbewaffneten Auge verborgen. Dem Jupiter nähert sich die Erde im Februar von 6.083 bis auf 5.937 Einheiten. — Saturn weist im Bilde des „Stiers“ bei Eintritt der Dunkelheit schon hoch am südlichen Himmel; er kulminiert zu Anfang um 8 Uhr, am Monatschlusse um 9 1/2 Uhr abends und geht erst bald nach 4 Uhr, schließlich bald nach 2 Uhr morgens unter. Am 12. Februar vermindert sich seine rückläufige Bewegung in rechtläufige Bewegung. Sein Erdbahnhabemessung beträgt am 1. Februar 5.50, am 28. Februar 8.03 Einheiten. Die scheinbare Größe des Saturnsystems erhöht im Februar folgende Abnahme: der Äquatorialdurchmesser von 19.6 bis 18.6, der Polar- durchmesser von 18.0 bis 17.1, die große Achse der Ring- ellipse von 44.0 bis 42.0, die kleine Achse der Ringellipse von 19.5 bis 18.7; das Ringsystem erscheint also noch breiter als im Januar. Am 5. Februar hat der Mond mit Saturn Konjunktion, der Mond geht dabei nordlich an dem Planeten vorbei. — Uranus, der sich erst am 28. Januar

Deutsches Reich.

Der Rückgang des Jünderholzwerts. Auf eine kurze Anfrage des christlich-sozialen Abg. Mumm hat der Reichshauswirtschaftsminister die folgende schriftliche Antwort erteilt: „Es ist richtig, daß die im laufenden Betriebsjahr ohne Steuerzuschlag herstellbare Menge von Jünderholzern 45 v. H. des Sollkontingents beträgt und daß der Verein deutscher Jünderholzfabrikanten eine weitere Herabsetzung auf 40 v. H. beantragt hat. Mit einem gewissen Rückgang des Jünderholzverbrauchs war bei Ertrag des Jünderholzsteuergesetzes gerechnet worden, und zwar war es auf 25 v. H. geschätzt. Einen weiteren starken Ausfall erleidet der Absatz der Jünderholzfabrikanten nach Inkrafttreten der Steuer durch die unermittelte große Vorratsvermehrung mit inländischen und ausländischen Jünderholzern. Mit dem Aufbrauch dieser Vorräte ist der Absatz nach den Ergebnissen des Steueranlaufkommens und den Angaben der Industrie wieder gestiegen. Seit dem Betriebsjahr 1912/13 ist in einer Reihe von Monaten bei der Versteuerung von Jünderholzern ein erneuter, wenn auch mäßiger Rückgang beobachtet worden. Entsprechend der Herabsetzung und dem Absatz der Fabriken ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter, nachdem sie im Rechnungsjahr 1910 auf durchschnittlich 2928 herabgegangen war, allmählich (1911: 2935, 1912: 4068) wieder gestiegen. Über etwaige Maßnahmen der Verbundenen Regierungen kann zurzeit eine Auskunft nicht erteilt werden.“

Für die Abschaffung der Zuschläge zur Einkommensteuer. Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt: „Die Völkische und Einkommensteuer-Erklärungen haben nach allem, was an die Öffentlichkeit gelangt, zu hoch überraschenden Ergebnissen geführt. Die Einkommensteuer wird schon für das Jahr 1914 ein Mehr von vielen, vielen Millionen ausbringen. Auch die Ziffern der für die bisherige Ergänzungsteuer zugrunde gelegten Vermögen sind durch die Versteuereckklärung gewaltig in die Höhe geschossen worden. Die bisherige Selbsteinschätzung muß in ihren bedauerlichen Unrichtigkeiten wenigstens in sehr vielen Fällen als Folge des großen Steuerdrucks gedeutet werden. Der wohl allgemeine Unmut über das unaufhörliche Anwachsen der Lasten ist eine nicht fortzuliegende Tatsache. Es muß als eine ernst zu beurteilende Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung betrachtet werden, von jetzt ab auf jede nur immer mögliche Milderung der Lasten Bedacht zu nehmen. Die Grenzen der Einkommensteuererleichterungen, mit deren Erreichung der Finanzminister n. Wiquel im Jahre 1893 bei Beratung der Steuergesetze eine Herabsetzung der Steuerlast für möglich erklärte, ist schon lange weit überschritten. Trotzdem sind seit Ertrag der Vermögensgegenstandskategorien zu der Einkommensteuer noch Steuergesetze getroffen. Diese Zuschläge können und müssen bei dem gewaltig gestiegenen Aufbringen der Einkommensteuer von nun ab in Fortfall kommen.“

Der Rückgang der Viehpreise! Im Laufe der letzten zwei bis drei Monate sind die Viehpreise unter vorübergehenden Schwankungen nach und nach nicht unerheblich herabgegangen. Für Ochsen betrug der Rückgang in besserer Ware in: Köln und Chemnitz 9 M., Bremen 8 M., Frankfurt a. M. und Breslau 7 M., Leipzig und Elberfeld 6 M., Berlin, Hamburg und Mainz 5 M., Dresden, Dortmund und Hannover 4 M. usw. für 50 Kilogramm Schlachtgewicht. Rinder fielen wie folgt in Preise: Breslau 11 M., Köln 10 M., Chemnitz 9 M., Berlin und Dresden 8 M., Leipzig 7 M., Hamburg und Bremen 6 M., Frankfurt a. M., Essen und Hannover 5 M., Dortmund und Mainz 4 M. usw. Ganz außergewöhnlich sind die Schweinepreise gefallen, nämlich um 10 bis 12 M. für 50 Kilogramm Schlachtgewicht. Das Fallen der Viehpreise in Deutschland läßt auch seinen Einfluß in Dänemark aus. — Interessant wird es nun sein zu sehen, wie sich die Fleischpreise im Kleinhandel unter dieser Einwirkung gestalten werden.

Deutscher Verlust an Polen. Vor dem Bezirksauschuß in Oppeln wurde vor ein paar Tagen ein Umsatzsteuerprozeß verhandelt, dessen tatsächlicher Sachverhalt von hervorragendem politischen Interesse ist. Es handelt sich dabei um den Verkauf der Waldbesitzschaft Bonoschaw-Sorowski im Kreise Lublinski. Diese Herrschaft gehörte dem früheren deutschen Vorkämpfer für die Rückkehr nach Ostpreußen und wurde unter Aufhebung ihrer Selbstverwaltung mit ungeheurer Übergabe des Wertes an die geschiedene Gräfin v. Schlieffen, geb. von Sprenger, durch Vertrag vom 20. Dezember 1910 verkauft. Als ob nach dem Verkauf brachten mehrere Zeitungen die

Nachricht, daß die Gräfin Schlieffen nur als Zwischenhändlerin vorgegeben sei und daß es sich in Wirklichkeit um einen Verkauf an einen Polen handle. Die Gräfin Schlieffen stellte diese Nachrichten in Berliner Zeitungen mit den Worten in Abrede: „Ich habe nie daran gedacht, die Güter zu verkaufen, denke nicht daran und werde nicht daran denken. Der angebliche Pole ist mir und meinem Generaldirektor vollkommen unbekannt.“ Jetzt ist die Angelegenheit klargestellt und der Widerspruch als unrichtig erwiesen. Käufer der Herrschaft ist der bekannte Großgrundbesitzer v. Chlapowski (Lurem, Kreis Kottbus in Posen), dessen nationalpolnische Gesinnung in der Provinz Posen allgemein bekannt ist. Der Übergang in polnische Hand bedeutet für das Deutsche Reich einen schweren Verlust. Es handelt sich um eine Herrschaft von 13 500 Morgen, wovon 10 200 Morgen Wald, 300 Morgen Ackerland, 300 Morgen Teiche und etwa 2000 Morgen Acker sind. Ferner gehören dazu zwei Wassermühlen und eine große Mergelsteingrube.

Zur Hebung der deutschen Viehzucht. Mit dem Plan zur Gründung eines Instituts mit dem Namen Kaiser-Wilhelm-Jubiläumstiftung zur Hebung der deutschen Viehzucht beschäftigte sich dieser Tage der landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen. Das Institut soll sein Ziel praktisch schon in aller nächster Zeit verwirklichen. Zunächst will man ein Kapital von 1 200 000 M. durch freiwillige Beiträge von Landwirtschaft, Industrie und Städten bis zum Jahre 1917 aufbringen.

Die Entsendung deutscher Lehrkräfte ins Ausland. Die Vermittlung tüchtiger deutscher Lehrkräfte für die deutschen Schulen im Ausland gehört zu den wichtigsten Maßnahmen, um die Erhaltung und Verbreitung deutscher Sprache und Kultur in der Fremde zu fördern. Lange Jahre hindurch hat der Verein für das Deutschtum im Ausland als Anwalt aller deutschen Kulturinteressen im Ausland die Arbeit und Kosten dieser Vermittlungstätigkeit allein getragen und sich auch in diesem Zweige seiner umfassenden Tätigkeit wesentliche Verdienste um unsere deutschen Volksgenossen in der Fremde erworben. Der Verein hat es dankbar begrüßt, daß seit einigen Jahren das auswärtige Amt eine eigene Vermittlung zu diesem Zwecke eingerichtet hat, die ihn nunmehr durch ihre amtliche Tätigkeit nach dieser Richtung hin immer mehr unterstützt. Im verflossenen Jahre wurden durch diese Vermittlung des auswärtigen Amtes 144 Lehrkräfte gegen 114 im Vorjahr ins Ausland geschickt. Davon entfielen auf Argentinien 5, Belgien 8, Brasilien 8, Bulgarien 2, Chile 17, China 15, Costa Rica 1, Ecuador 6, Großbritannien und Kolonien 4, Guatemala 1, Italien 8, Japan 3, Marokko 2, Mexiko 3, Niederlande 1, Persien 4, Peru 1, Portugal 2, Rumänien 17, Rußland 4, Spanien 6, Türkei 23, Venezuela 2, Vereinigte Staaten von Amerika 1. Unter den 144 Lehrkräften befanden sich 10 akademisch gebildete Oberlehrer, 8 wissenschaftliche Hilfslehrer, 17 Kandidaten des höheren Lehramtes, 4 Handelslehrer, 8 Volksschullehrer, 15 Lehrerinnen für höhere Mädchenschule, 6 Lehrerinnen für Volksschule und 4 Kindergärtnerinnen.

Die Apothekerkammer für Westfalen gegen die Anpreisung hantelischer Artikel. Die Apothekerkammer für Westfalen nahm einen Antrag an, in dem der Apothekerkammerausschuß ersucht wird, bei den maßgebenden Behörden vorstellig zu werden, daß durch Erlaß von wirksamen Verfügungen und Gesetzen eine Ausbeutung der Bevölkerung durch marktfeindliche Kellerei verhindert wird. Die Art der Kellerei sei unlauterer Wettbewerb, zudem grenzten die Preise an Betrug.

Deutscher Industrieverband, Sitz Dresden. In der letzten unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Dr. Köppler (Leipzig) abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen Industrieverbandes, Sitz Dresden, wurden die Entschädigungen für die Mitglieder festgesetzt, die im vorigen Jahr von einem Streik betroffen wurden. Es wurden von den Mitgliedern im Jahre 1913 insgesamt 440 Arbeiterbewegungen gemeldet. In 331 Fällen gelang es den betreffenden Mitgliedern, gestützt auf den Rückhalt des Verbandes, die entstandenen Differenzen beizulegen, für die 200 Fälle, in denen es zum Ausbruch eines Streiks kam, wurden vom Vorstand rund 140 000 M. als Entschädigung bewilligt. Der Vorstand genehmigte weiter einige Verträge mit Arbeitgeberverbänden über den Anschluß dieser Verbände an den Deutschen Industrieverband.

Versammlungen der jüdischen Vereinigung. Man schreibt uns: Der Zionismus, der in letzter Zeit Gegenstand

vielfacher Angriffe gewesen ist, erstreckt nach seinem Programm die Schaffung eines nationalen und kulturellen jüdischen Zentrums in Palästina. Gegenüber den dieses Ziel verkennenden und mißachtenden Behauptungen einer Versäuerung, die eine Anzahl von Gegnern des Zionismus vor einigen Tagen in einem Teil der deutschen Presse veröffentlicht haben, veranlaßt die jüdische Vereinigung für Deutschland (Berlin W. 15, Sächsischer Straße 8) im Laufe der nächsten Tage eine große Reihe von Versammlungen in allen größeren Städten Deutschlands, in denen vor der gesamten Öffentlichkeit die Fragen des Zionismus zur freien Diskussion gestellt werden sollen. Bisher sind Versammlungen in 71 Orten angekündigt.

Heer und Flotte.

Schiffenachrichten. Eingetroffen: S. M. L. „S. 90“ am 12. Febr. in Tschingtsang, der Abförschungsbooster „Patria“ mit der Abförsung für das Ostasiengebiet am 11. Febr. in Singapur. — In See gegangen: S. M. L. „Magdeburg“ am 11. Febr. von Kiel.

Ausland.

Frankreich.

Die Aufzählung des Luxemburger Loos. Paris, 13. Febr. Generalstabchef Joffre ist in Longwy eingetroffen, um daselbst die Frage der Vermehrung der Besatzung und der Aufhebung der Festungswerke zu studieren.

Italien.

Die Kommission für die Ehereform. Rom, 12. Febr. Zur Kommission für den Gesetzentwurf, nach dem die bürgerliche Eheschließung der kirchlichen Trauung vorangehen soll, wählten die neun Abteilungen der Kammer sieben Ministerielle, einen Oppositionellen und einen Sozialisten.

Rußland.

Der Kampf der Geistlichkeit gegen das Kino. Petersburg, 12. Febr. Der Metropoliten Wladimir eröffnete einen Kampf gegen das Kino. Der Kirchenfürst schrieb der Geistlichkeit vor, in der Kirche dem Volk das unmoralische der Kinos, die Verbrechen und gottesschändliche Szenen darzustellen, dem Volk zu Gemüte zu führen. Außerdem sollen an die Gemeinden Flugblätter, die das Kino für ein gefährliches Werk des Antichrist erklären, verteilt werden.

Türkei.

Die osmanischen Reformen. Konstantinopel, 12. Febr. Es wird berichtet, daß die Pforte an ihre Vertreter bei den sechs Mächten eine Zirkularnote gerichtet hat, in der sie ihnen von dem endgültigen Einberufen über die osmanischen Reformen Kenntnis gibt und sie ersucht, von den Mächten die Liste der den neutralen Staaten zu entnehmenden Kandidaten für die Posten von zwei Generalinspektoren zu erbitten.

Nordamerika.

Die schlechte Wirtschaft beim Bau der Trans-Continental-Trans-Pacific-Bahn. London, 13. Febr. Die „Times“ meldet aus Ottawa vom 12. Februar: Die von der Regierung zur Untersuchung des Baues der Trans-Continental-Trans-Pacific-Bahn eingesetzte Kommission erklärt in ihrem Bericht, der heute dem Unterhause vorgelegt worden ist, daß nicht weniger als 160 Millionen Mark bei diesem Bau zwecklos ausgegeben worden sind. Die Kommission schätzt die Kosten der Bahn auf rund 940 Millionen Mark an Kapital und Zinsen. Der Bericht tabelt, daß die Kontrolle der Vergütung zu groß waren, so daß die ganze Arbeit nur 11 Firmen übertragen wurde. Diese Firmen profitierten 35,2 Millionen Mark für einen Teil der Arbeiten, die sie weitervergaben. Der Bau der Strecke in Neu-Braunschweig sei überhaupt nicht zu rechtfertigen und sei nur in Angriff genommen worden, um die Wähler der Regierung für sich zu gewinnen.

Japan.

Das gekürzte Budget. Tokio, 12. Febr. Das Unterhaus nahm das Budget mit einer Streichung von drei Millionen Pfund Sterling an, wie sie die Budgetkommission beschlossen hatte, und einem fernerem Abstrich von 4 000 000 Pfund Sterling, die zur Wiederauffüllung des japanischen Marinefonds in den Etat eingestellt waren, deren Streichung die Budgetkommission einstimmig beschloß. — In Osaka kam es gestern zu politischen Unruhen. Die Polizei traf aber umfassende Vorkehrungsmaßnahmen, so daß die Unruhen schnell unterdrückt wurden.

in Sonnenkonjunktion befind, ist unsichtbar; er steht Anfang Februar nur 1° nordwestlich vom Jupiter. Der Erdbestand des Uranus vermindert sich von 20.83 bis auf 20.71 Einheiten. — Neptun steht im Widder der „Zwillinge“ sehr günstig für die Beobachtung mit großen Instrumenten. Sein Erdbestand wächst von 20.04 bis auf 20.26 Erdbahnhalbmasse, sein Scheiteldurchmesser beträgt nur 2.6.

Zur Beobachtung am Fixsternhimmel. eignet sich mehr die zweite Hälfte des Monats, da während der ersten das Mondlicht störend wirkt. Wenden wir unseren Blick etwa um 10 Uhr dem Firmament zu, so sehen wir die Milchstraße vom Südhorizont hoch über den Westen zum Nordnordwesten ziehen. Ihren Weg bezeichnen in derselben Richtung die Bilder „Großer Hund“ und „Kleiner Hund“, „Orion“, „Zwillinge“ und „Stern“, nahe dem Zenith „Ruhmann“ und „Perseus“, dann „Cassiopeja“, „Kassiopeja“ und am Nordende „Schwan“. Im Westen erblicken wir den „Widder“, hoch im Osten den „Löwen“, während diesem das gerade aufsteigende Bild der „Jungfrau“ folgt. Tief am Nordhorizont erhebt sich der helle Kreis im „Booten“, über dem wieder der „Große Wurm“ den Himmel schmückt. Am Nordhorizont funktelt „Polaris“ in der „Fenster“, endlich treten von den besonders hellen Gestirnen noch die „Andromeda“ zwischen „Widder“ und „Cassiopeja“ im Nordwesten hervor. Der Mythos erzählt, Cassiopeja oder richtiger Kassepeja, die Gemahlin des Jethus, sei auf ihre oder ihrer Tochter Andromeda Schönheit so eitel gewesen, daß sie diese der Schönheit der Nereiden vorzog. Die Nereiden hätten sich darauf über die ihnen angelassene Schmach bei Neptun beklagt und dadurch bewirkt, daß ein mächtiges Seeungeheuer die Meer verunreinigte und Andromeda geopfert sein würde. Andromeda sei nun an den Felsen gekettet, doch von Perseus befreit worden dadurch, daß er das Seeungeheuer mit seinem Schwerte tötete und mit dem schrecklichen Medusenkopfe versteinerte. Perseus habe dann die Schöne in sein Vaterland entführt und zur Gemahlin genommen. Die Götter hätten schließlich die ganze Perseus-Familie unter die Sterne versetzt, die Cassiopeja

aber wegen ihres Hochmutes mit nach unten geschlehtem Kopfe und die Andromeda mit ihren Fesseln. Darum sagte Kratos von ihr: „Auch am Himmel trägt sie die Fesseln“, und darum nannten die Araber dieses Sternbild El-marä el-musalsela, „die Angekettete“.

Rus Kunst und Leben.

Ein internationaler Operntrupp. Erfahrene Kenner des Opernbetriebes prophezeien bereits seit langem das Kommen eines internationalen Operntrupps, dessen Ziele es sein würde, die bisweilen geradezu ins Unfassliche anschwellenden Kosten einer modernen erfindungsreichen Opernbühne dadurch auf eine kaumwunderlich gesunde Basis zurückzuführen, daß man den Wettbewerb der großen Opernbühnen der Welt in der Jagd nach berühmten Sängern und Sängerinnen durch eine Art Kartellierung reguliert. Den größten europäischen Opernbühnen wird es schon heute schwer, allererste Gesangskräfte dauernd an sich zu fesseln, weil die Gagenangebote der Konkurrenz, insbesondere der amerikanischen Konkurrenz, sich zu rasch überbieten, daß die Aufstellung eines rationalen Etats immer schwieriger wird und sich nur mit schweren Opfern durchführen läßt: durch zeitlich sehr weitgehende Beurlaubung der berühmtesten Kräfte zu längeren Gastspielreisen in das Ausland. Der erste Schritt zur Verrückung dieser Schwierigkeiten und damit zugleich der erste schätzbare Schritt zu einer internationalen Verrückung des Opernwesens geht von London aus: und ihr Vorkämpfer ist der Vorsitzende des Londoner Grand Opera Syndicate, Mr. Barry Huggins, der geschäftliche Leiter des Londoner Covent-Garden-Theaters. Da für das Londoner Operngeschäft in erster Linie die Frühjahrsaison, die Zeit von April bis Mitte Juni, in Frage kommt, erstreckt sich die aufgetauchte sehr enge Interessengemeinschaft zunächst nur auf die Frühjahrsaison, aber es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß der Plan erweitert wird, wenn der erste Versuch gelingt. Nur die Zeit, da in London die große Frühjahrsaison der Covent-Garden-Oper beginnt — sie setzt regelmäßig mit

einer vier bis fünf Wochen währenden „deutschen Opernsaison“ ein — haben die großen amerikanischen Opernunternehmungen, die Metropolitan-Oper in New York und in Boston, ihre Saison gerade abgeschlossen. Huggins' großangelegter Plan bringt nun für die Frühjahrsmonate eine Art Austauschoper zwischen Paris und London. Die amerikanischen Unternehmungen werden die Kontraktbühnen für ihre Mitglieder künftig auch für die Frühjahrsmonate ausbuchen und nach Schluß der amerikanischen Saison ihr Ensemble und Teile der Chöre und des Orchesters nach Europa dirigieren: nach London und nach Paris. Das Ensemble für die deutschen Opern geht zunächst nach London, während das französische-italienische Opernensemble nach Paris geht und hier unter der Leitung des holländischen Operndirektors Henry Kuffer in dem freigeordneten neuen Théâtre des Champs-Élysées ein vier bis fünfwöchiges Gastspiel veranstaltet. Dann erfolgt der Austausch der Truppen: das französische-italienische Opernensemble der Metropolitan-Oper geht nach London in das Covent-Garden-Theater und das deutsche Opernensemble der Metropolitan-Oper von London nach Paris. Die Vorzüge dieser interessanten Kombination sind sowohl künstlerischer wie auch finanzieller Natur. In London wie in Paris wird man auf diese Weise abgerundete ensembles sehen: finanziell wird es sich aber mit der Zeit ermöglichen lassen, die außerordentlich hohen Gastspielhonorare der berühmten Sterne der Metropolitan-Oper zu umgehen, indem die amerikanischen Opern fortan ihre Kräfte nicht mehr für die fünfmonatige amerikanische Saison allein engagieren, sondern zugleich von Anfang an für das Pariser und Londoner Gastspiel verpflichtet und einheitliche Kontrakte auf neun Monate abzuschießen. Die weitreichenden Folgerungen dieses ersten Schrittes zu einer internationalen Verrückung des Opernwesens liegen auf der Hand und dürften dann auch in Deutschland bald fühlbar werden: durch eine gesteigerte Monopolisierung der ersten Gesangskräfte für die amerikanischen Opernunternehmer, die damit einen geschäftlichen Vorteil auf europäischem Boden einleiten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbadener Stadtverband für Jugendfürsorge.
(Abteilung Kindererziehung.)

In der Erkenntnis, daß durch eine Zusammenfassung der in der Jugendfürsorge tätigen Vereine und Einrichtungen unserer Stadt die Arbeit wirksamer gestaltet werden kann, ist der Stadtverband für Jugendfürsorge gegründet worden. Der Stadtverband hat nach eingehenden Besprechungen über den derzeitigen Stand der Jugendfürsorge beschlossen, neben der Jugendgerichtshilfe sich besonders der Arbeit des Kindererziehers zu widmen. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß auf diesem Gebiet Notstände bestehen, zu deren Beseitigung die Arbeit der bisher vorhandenen öffentlichen und privaten Organisationen nicht ausreicht, sondern der Ergänzung bedarf. Immer wieder treten auch in unserer Stadt Fälle von Kindererziehung oder Kinderausbeutung auf, bei denen es sich herausstellt, daß Kinder oft jahrelang gequält werden, ehe es gelingt, Abhilfe zu schaffen. Daß solche Fälle nicht rechtzeitig erkannt werden, ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß bisher keine Zentralstelle vorhanden war, bei der über die Verhältnisse der betreffenden Familien unterrichtete Personen ihre Wahrnehmungen vorbringen und von der die Fälle planmäßig bearbeitet werden könnten. Diese Zentralstelle wird nun in der vom Wiesbadener Stadtverband für Jugendfürsorge errichteten Geschäftsstelle Bahnhofstraße 2, 3., Sprechstunden Montag und Donnerstag von 10 bis 12 Uhr vormittags, vorhanden sein. Der Stadtverband bittet, sich in allen, den Kindererziehung betreffenden Fragen vertrauensvoll an die Geschäftsstelle zu wenden. — Eine weitere Aufgabe soll sein, Frauen und Männer, die ein Herz für die Noth und Leiden der Kinderwelt haben, für die Übernahme der Schulpflicht über gefährdete und verwaiste Kinder zu gewinnen. Der Verband wird seine Aufmerksamkeit auch den Nothständen, die mit dem Adoptionswesen zusammenhängen, widmen. Immer noch werden Kinder von gewissenlosen Personen dazu benutzt, um unter dem Deckmantel der Adoptionsvermittlung ein einträgliches Geschäft mit ihnen zu machen. Gegen eine Abfindungssumme werden Kinder dann solchen Personen in die Hände gegeben, bei denen sie oft körperlich und sittlich zugrunde gehen. Der Verband bittet die Öffentlichkeit, ihn bei der planmäßigen Bekämpfung dieses Unwesens zu unterstützen. Wo immer durch Alkoholismus oder sonstige Verwahrlosung der Familien die Verhältnisse so geartet sind, daß im Interesse der Kinder ein Eingreifen geboten erscheint, bittet der Stadtverband für Jugendfürsorge sich an die Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 2, zu wenden.

Die gemeinnützige Schreibstube.

Die von dem Arbeitsamt eingerichtete Schreibstube für Stellenlose aus den Schreibgewandten Berufen ist jetzt einen Monat alt; ein Rückblick auf die erste kurze Periode der Tätigkeit dieser gemeinnützigen Institution, gegen das bekannlich von verschiedenen Seiten protestiert wurde, ist nicht uninteressant. Wie uns das Arbeitsamt mitteilt, gingen im ersten Monat insgesamt für 242 M. 50 Pf. Aufträge ein. Hierdurch konnten durchschnittlich täglich 8 bis 4 Stellenlose beschäftigt und ihnen Verdienst zugeführt werden, so daß sie und ihre Familien der Armut entzogen nicht bedurften. Diese wenigen Zahlen beweisen, wie erfolgreich die Schreibstube schon im ersten Monat gewirkt hat. Die Leistungen müssen jedoch in der Darreichung lebender Arbeit noch ganz bedeutend gesteigert werden, damit nicht zahlreiche, stellenlose Leute, die um Aufnahme und Beschäftigung in der Schreibstube bitten, abgewiesen werden müssen, schreibt das Arbeitsamt, das an alle, welche Schreibarbeit zu vergeben haben, an die Behörden und Vereinsvorstände, an kaufmännische und gewerbliche Geschäfte sowie an Privatpersonen von neuem die Bitte richtet, der Schreibstube Arbeit zuzuwenden. Schriftstücke diskreten Inhalts kommen in abgeordneter Form unter steter Aufsicht zur Ausführung. Weiter richtet das Amt an die Bureau- und Kontorvorstände die Bitte, in Fällen von notwendigen Entlassungen, bei Entlassungen oder Verurlaubungen, sowie bei Neuverstellungen die Hilfe der Schreibstube, bezw. die damit verbundene kaufmännische Stellungsvermittlung in Anspruch zu nehmen. Die Schreibstube ist in der Lage, die verlangten Kräfte für Stunden, Tage und Wochen ausbilsamweise darzubieten und immer bereit, etwa ungeeignete Leute durch geeignete Kräfte zu ersetzen. Daß bei der Leitung der Schreibstube konfessionelle und politische Rücksichten völlig ausgeschaltet sind, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden.

An den Leistungen des ersten Monats läßt sich natürlich kein Urteil über die soziale Wirkung der Schreibstube des Arbeitsamts fällen; immerhin scheint aus den vorläufigen Erfahrungen hervorzugehen, daß sie imstande sein wird, stellenlosen schreibgewandten Leuten über die schlimme Zeit vorübergehender Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen, ohne daß sie dadurch zu einer besonders fühlbaren Konkurrenzanstalt für die Inhaber privater Schreibstuben wird.

Die Dienstbotenerhebung des „Vaterländischen Frauenvereins“ (Bezirksverband) wird in diesem Jahre wieder stattfinden. Diplomiert wird 10jähriger treuer Dienst bei derselben Herrschaft, für 20 Dienstjahre wird neben dem Diplom ein silbernes Kreuz gegeben. Für 40jährigen Dienst verleiht die Kaiserin ein goldenes Kreuz. Anmeldungen von Dienstboten mit weniger als 40 Dienstjahren sind bis zum 1. April d. J. zu bewirken bei dem Vorstand des Bezirksverbands Vaterländischer Frauenvereine, zu Händen der Vorsitzenden, der Frau Prinzessin Elisabeth zu Schaumburg-Lippe, Kerpstraße 13. Nach dieser Zeit eingehende Anträge können erst wieder bei der nächsten, in zwei Jahren stattfindenden Dienstbotenerhebung berücksichtigt werden.

Strassen-Neubauten. In der Delaspeestraße zwischen Friedrichstraße und Museumstraße soll im März, in der Bahnhofstraße zwischen Rheinstraße und Friedrichstraße im April mit dem Umbau der Fußbahn und der Gehwege in Asphalt begonnen werden. Bis dahin müssen alle noch fehlenden oder etwa zu verändernden Hausanschlüsse an die Abwasser-, das städtische Kanalsystem oder die Hauptwasser- und Gasleitung fertiggestellt sein.

Wohnungsgesetzwurf. Zum Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes richtete der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband in Hamburg unterm 20. Januar eine wohlgegründete Eingabe an das Haus der Abgeordneten in Berlin. Daran wurden Änderungsvorschläge gemacht

zu Art. 3, §§ 1, 2, 3 und 4, Art. 4, §§ 1 und 2. Namentlich forderte der Verband bestimmte Schutzvorschriften zugunsten solcher Angehöriger, die vom Dienstherrn in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind („freie Station“). Die Eingabe, über 450 Mitglieder zählende Ortsgruppe des D. H. V. in ihrer Sitzung vom 11. Februar gleichfalls über die Wohnungfrage verhandelt und den Wortlaut einer Eingabe an das Haus der Abgeordneten beschlossen. Die Eingabe ist inzwischen abgesandt worden; auch wurde der Vertreter des hiesigen Wahlkreises gebeten, für die Forderungen des Verbands einzutreten.

Abhebung von Sonntagskarten. Im Bereich des Eisenbahnverkehrsbezirks Frankfurt werden zum 1. Mai 1914 die Sonntagskarten für einige Stationsverbindungen und mehrere Doppellinien 2. Klasse mit zwischenliegenden Zwischenstationen eingezogen. Es handelt sich um solche Karten, die seit Jahren nur ganz geringen Absatz fanden.

Arbeiterjubiläum. Heute, am 14. Februar, sind es 25 Jahre, daß Marie Lang in der Wiesbadener Staniol- und Metallwarenfabrik A. Bach als Ladierein beschäftigt ist. Aus diesem Anlaß wurde der Jubiläar von der Firma ein Sparkassenbuch über 100 M. und von der Handelskammer ein Diplom überreicht.

Der Zeitungs-Katalog für 1914 der Haasenstein u. Vogler A.-G. gelangt in einigen Tagen zur Ausgabe. Der Inhalt dieses Nachschlagewerks hat auch in diesem Jahre eine wesentliche Erweiterung erfahren. Der praktisch eingeteilte Katalog wurde beibehalten, ebenso das alphabetisch geordnete Verzeichnis sämtlicher Agenturen der Firma im In- und Ausland. Ein Ortsregister ermöglicht ein sofortiges Auffinden aller an den betreffenden Orten erscheinenden Tageszeitungen wie auch der nach Branchen geordneten Fachzeitschriften. Ausführliche, beachtenswerte Angaben vieler Zeitungen und Zeitschriften ergänzen den Inhalt des Katalogs, dem sicherlich dieselbe freundliche Aufnahme zuteil werden wird wie in den Vorjahren.

Neue Notizen. Ein neuer Kursus beginnt in der Stenographischen Schule „Schreib“ im Gewerbe-Schulgebäude, Zimmer Nr. 14, Freitag, abends 8 Uhr. — Das Bestehen des hiesigen Schülers „Kalinowski“, welcher sich beim Abnehmen eines Schädelschusses ausog, ist bis jetzt noch unverändert.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Königliche Schauspiele. Die Reihenfolge der Abonnementsbuchungen für die nächste Woche ist folgende: Sonntag D. Montag B. Dienstag A. Mittwoch B. Donnerstag D. Freitag C. Samstag aufgehoben. Abonnement. Sonntag A. Montag D. Dienstag B. — Morgen findet „Volldunst“ im Abonnement C statt. Sonntagabend geht im Abonnement D „Lindie“ in der hiesigen Festspiel-Einrichtung in Szene. Die Theaterpartie findet am Samstag, den „Kübelstein“ der Geisel-Winkel, während die weitere Besetzung unverändert bleibt. Sonntagsnachmittag 2½ Uhr wird als Volksvorstellung bei Volkspreisen der Schwank „Im grünen Rod“ von Adelburg und Steinhilber gegeben.

Wiesbadener Künstler an der Spitze. Der Violinvirtuose Gustav Macurer, ein Wiesbadener Kind, veranstaltete in seiner Musikschule in Wien sein letztes Schülerkonzert. Die Presse beurteilt es sehr günstig. So schreibt die „Neue Freie Presse“: „Violinvirtuose und Musikdirektor Gustav Macurer veranstaltete am 2. d. im Vereinshaus, 21. Bezirk, vor ausverkauftem Hause sein letztes Schülerkonzert. Macurer hatte besonders mit einem Spotschönen Violinkonzert, Romane von Soudien und Mozart's Serenade „Eine kleine Nachtmusik“ großen Erfolg und wurde durch überaus reichhaltige Beifallsgaranten ausgezeichnet.“ Der „Volksbote“ sagt u. a.: „Die Beliebtheit dieser Schule mehrte sich von Jahr zu Jahr. Das kam auch in der regen Teilnahme am sonntäglichen Konzert wieder zum Ausdruck. Ein sehr reichhaltiges Programm, vielseitig ein zu reichhaltiges, zeigte die tüchtigen Schüler auf allen Stufen des Fortschritts: vom tapfer musizierenden Debutanten bis zum künftigen und würdevollen Meister. Mit dieser Schule besitzen wir Floridoborfer ein auf der Höhe stehendes Institut für Musik und Gesang, dessen zielbewusste Leitung in äußerst tüchtigen Händen ruht, deren Erfolge wir bereits seit einer Reihe von Jahren beobachten. Wie wichtig ist es, daß der Musikförm und die Technik eines Anfängers von tüchtigen Lehrern gelehrt und begründet werden! Das ist ausnahmslos bei der Floridoborfer Schule der Fall. Seit Jahren verfolgen wir die Entwicklung der Schüler dieser Schule und können mit Freude konstatieren, daß für sie jedes Jahr einen schönen und großen Fortschritt bedeutet. Am Sonntag leistete wie immer die Kammermusikklasse Vorzügliches, während die Meinen ihre Aufgabe mit erhabener Fertigkeit lösten. Wollen wir die besten Namen nennen, so müßten wir alle Mitwirkenden anführen.“

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

Die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse zu Wiesbaden, früher Allgemeiner Krankenverein, hält ihre erste Mitgliederversammlung heute Samstag, den 14. Februar, abends 8½ Uhr, im „Deutschen Hof“, Goldstraße 2, ab.

Der Maskenball des „Wiesbadener Bithers“ findet heute abend im belorierten Saale des „Kath. Gefellenhauses“ statt.

Der Verein der „Post- und Telegr.-Unterbeamten“, Ortsabz. Wiesbaden, hält morgen Sonntag, den 15. Febr., abends 8 Uhr 11 Min., einen Maskenball in der Turnhalle, Hellmuthstraße 25, ab.

Der Preis-Maskenball des Männergesangs-Vereins „Hilflos“ findet, wie alljährlich, am Fastnacht-Samstag, den 21. Febr., im Apollo-Theater (Kaiserhof), Dohleimer Straße 19, statt.

Der Maskenball des Gesangsvereins „Wiesbadener Männerklub“ findet am Fastnachtsamstag, den 21. Febr., abends 8½ Uhr, im Saale der „Walballa“ statt. An Abendessen soll es nicht fehlen.

Die Gesellschaft „Sangesfreunde“ bezieht am Sonntag, den 15. Febr., nachmittags 4 Uhr 11 Min., ihr humoristisches Kampfszenario mit Tanz im Saale der „Neuen Adolfsbühne“ (Westph. Theater).

Vereinsvorträge.

Im Verein deutscher Ingenieure“ hielt am vergangenen Mittwoch Prof. Dr. v. Wies einen Vortrag über „Deutsche und französische Flugwesen“. Der Redner gab einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung des Flugwesens seit den ersten Entwürfen des Leonardo da Vinci und der Gebrüder Wright, erörterte die Erfolge der Franzosen, die Überlegenheit des Kanals, des Mittelmeeres und der Alpen, die Flüge Bégouss und stellte ihnen gegenüber die Anforderungen der Deutschen im Dauerflug und den Flügen mit größerer Nutzlast. Er schilderte an Hand von zahlreichen Bildern die Entwicklung der verschiedenen Apparate, die Bauart der Motoren in beiden Ländern, deren Vor- und Nachteile, ihren Einfluß auf Bauart, Geschwindigkeit und Tragfähigkeit der einzelnen Typen, die wirtschaftlichen Gründe, die neben der in beiden Ländern herrschenden Volkseinstimmung für die Weiterentwicklung des Flugwesens ausschlaggebend sind. (Eine Gewähr.)

Vereinsfeste. (Aufnahme von 100 bis 200 Gästen.)

Der Athletik-Sport-Club „Athletia“ hielt am Samstag, den 7. Febr., in der Turnhalle, Hellmuthstraße 25, seinen Vereinsball bei hartem Frost ab. Das Publikum blieb, trotz der vielen Darbietungen des Klubs, bis zum frühen Morgen in gemüthlicher Stimmung auskommen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

o. Biedrich, 13. Febr. Das hiesige Gewerkschafts-Komitee hatte seinerzeit gegen die Gültigkeit der im November vorgenannten Wahlen der Aufsichtsräte der Orls-Isenwerkstoffe Einpruch erhoben. Die Wahl hatte demnach den berechtigten Bürgerlichen die Mehrheit im Aufsichtsrat verschafft. Der Einpruch war damit begründet worden, daß eine zu geringe Sicherheit des Wahlgeheimnisses vorgelegen worden sei, da nur 2 Wahlzellen vorhanden waren, von denen eine bei dem harten Andrang sogar einmal umgeworfen wurde. Diese Zustände hätten viele Wähler veranlaßt, von der Wahlbeteiligung abzusehen. Wie schon das hiesige Versicherungsamt hat jetzt auch das Oberverwaltungsamt in Wiesbaden den Einpruch als unbegründet verworfen, da nach den getroffenen Feststellungen die Begründung des Einpruchs für nicht haltbar befunden werden müsse. Der abweisende Bescheid heißt fest, daß es selbst bei zeitweiser Unbenutzbarkeit der Wahlzellen jedem Wähler ohne Schwierigkeit möglich gewesen sei, in einem Winkel des großen Wahllokals den Wahlzettel unbedacht in den Umschlag zu legen. — Der 16. Jahre alte Arbeiterbursche B. hat in der Kirchstraße fünf Flaschen Cognac entwendet. Dabei haften ihm zwei Schulungen von 12 Jahren. Das Alibi wurde festgestellt, auch der entwendete Cognac bis auf eine Flasche betriebsfähig.

Nassauische Nachrichten.

Wiedernhausen, 12. Febr. Die Generalversammlung des hiesigen Taurus-Klubs und Verschönerungsvereins, der dem Stammklub Frankfurt a. M. angeschlossen ist, fand gestern abend im Gasthaus zum „Goldenen Lamm“ statt. Die Versammlung war recht gut besucht. Der Verein zählt 53 Mitglieder; seine Einnahmen beliefen sich im verflossenen Jahr auf 488 M., seine Ausgaben auf 357 M., so daß rund ein Überschuß von 130 M. blieb. Es wurde beschlossen, für Bewegungszeichnungen, Bekleidung, Wäsche, Errichten einer Schutzhütte usw. im laufenden Jahr die Summe von 350 M. zu verwenden; fernerer Zufluß von Fremden hofft man durch Benutzung der Tagespreise, durch Prospekte usw. zu erreichen. Der Verein hat beschlossen, dem „Nassauischen Verkehrsverband“, dessen konstituierende Versammlung am 14. i. M. in Nassau zu Frankfurt stattfand, beizutreten. Der hiesige Vorstand des Vereins wurde einstimmig wiedergewählt. Nach Ausweis der hier erschienenen Aufliste war unser Luftkurort im letzten Sommer von etwa 1800 Personen besucht; die herrliche Lage des Kurviertels hat am Wald, die vorzüglichen Verbindungen mit den Großstädten Wiesbaden und Frankfurt sowie noch andere Vorzüge unseres Ortes lassen ein stetes Aufwachen besessenen erschaffen.

Aus dem Rheingau, 13. Febr. Der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei für den mittleren Rheingau hat am Mittwoch in Geisenheim eine Versammlung abgehalten, die aus Nidesheim, Geisenheim, Johannisberg und Winkel sehr stark besucht war. Parteisekretär Max Müller (Frankfurt a. M.) sprach über die politischen Tagesfragen unter besonderer Bezugnahme auf die Arbeit der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag und im Landtag. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Weingutbesitzer Hiffenauer (Geisenheim), der den Vorsitz führte, warf einen Rückblick auf die seitliche fortgeschrittliche Arbeit im Rheingau. Der Verein Geisenheim ist seit kurzem von 18 Mitgliedern auf 70 Mitglieder gewachsen. Es wurde beschlossen, die Organisationsarbeit im Rheingau planmäßig und eifrig zu betreiben. Im Anschluß an das Referat wurde folgende, von Hiffenauer vorgelegte Resolution einstimmig angenommen: „Die zahlreich versammelten Mitglieder der Fortschrittlichen Vereine von Nidesheim, Geisenheim, Winkel und Johannisberg sprechen der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei ihren Dank aus für ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage und bitten sie, unentwegt auch fernerhin für die freirechtliche Ausgestaltung des Wahlrechts zum preussischen Landtag, zum mindesten zunächst für die Einführung der geheimen und direkten Abstimmung, einzutreten.“

Aus der Umgebung.

Die letzten jüdischen Offiziere.

FC. Frankfurt a. M., 12. Febr. Gestern fand auf dem Frankfurter Friedhof, am Todestag des vor zwei Jahren verstorbenen Hauptmanns d. L. a. D. Bernsheim, eine Gedenkfeier statt, die von dem Kriegerverein Worms ausging. Bernsheim war einer der letzten Offiziere jüdischen Glaubens der Großherzoglich Hessischen Division. Er hat sich im deutsch-französischen Krieg 1870/71 ebenso wie die Leutnants Sommerger (Infanterie-Regiment 116), Etting (Infanterie-Regiment 117) und Reustadt (Infanterie-Regiment 117), alle jüdischer Konfession, ausgezeichnet.

Gerichtssaal.

we. Antreue und Unterschlagung. Der Papierhändler Karl Volger in Wiesbaden war während 14 Jahre der Kassierer des Spar- und Bauvereins, welcher sich bekanntlich an der Wahlstraße in Biedrich betätigt hat. Nach dem Vereinsstatut hatten von zwei zu zwei Jahren Revisionen zu erfolgen. Bis zum Jahre 1911 war dabei alles in bester Ordnung befunden worden, und auch bei der letzten Revision am 16. Oktober 1911 stimmte der vorgedachte Kasienbestand genau mit den Büchern überein, als man aber an die Prüfung der Bücher ging, stieß man auf eine ganze Reihe von Unregelmäßigkeiten, und der Reibetrag, der schließlich festgestellt wurde, betrug sich auf 7- bis 8000 M. Er setzte sich aus einer ganzen Anzahl von Posten zusammen. Zunächst war an einer Addition eine Matur vorgenommen worden, welche 1000 M. weniger in die Erscheinung treten ließ, als tatsächlich hätte vorhanden sein müssen, ferner fehlten Einträge über Einnahmen in Höhe von 488 M., 100 M., 3 M., 1000 M., 5500 M. Weiter wurde festgestellt, daß Volger sich eines Tages eine Quittung über 525 M. hatte geben lassen, ohne diesen Betrag auszugeben. Er hat diese Quittung lediglich als Beleg von Auszahlungen verwandt. Im Kredit in Höhe von 6000 M. der beim Vorprüfungsamt für den Spar- und Bauverein eingeräumt worden war, wurde von ihm persönlich ausgenutzt; er hat sich ferner unbefugt bei dem Spar- und Bauverein ein eigenes Konto angelegt, dieses mit über 6000 M. belastet und die Zinsen nur mit 2 Prozent und Debet gebracht, während er selbst bei seinen Einzahlungen 5 Prozent bezog. Endlich hat er Zinscoupons von Wertpapieren des Vereins auf seinem Privatkonto veräußert. Der Angeklagte, der einen zunächst ermittelten Reibetrag von 1000 M. erhebt hat, stellt vor der Strafammer, vor die er unter der Anklage der Antreue sowie der unrichtigen Darstellung der Geschäftslage gestellt war, jede Schuld in Abrede. Die Behauptungen der Anklage beruhen zum Teil auf irtümlichen Voraussetzungen, zum Teil handele es sich um Versehen, bei denen eine unlautere Absicht

nicht vorgelegen habe. Der Angeklagte wurde wegen Unterschlagung von 7. bis 8000 M., wegen Vergehens wider das Genossenschaftsgesetz sowie wegen unrichtiger Bilanzziehung zu 6 Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Spar- und Bauverein ist zwischenzeitlich in Konkurs geraten. Der Jahresumsatz von etwa 48 000 M. hat fernerhin Anlaß zu der Konfusion in den Büchern, die zum Schluß festgestellt wurde. Balzer bezog für seine Tätigkeit anfänglich 800 M. pro Jahr, während sie in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr honoriert wurde. Der Vertreter der Anklagebehörde hatte eine Gefängnisstrafe in Höhe von 1 Jahr beantragt.

Neues aus aller Welt.

Zu dem Diebstahl der geimpften Kaninchen. Berlin, 13. Febr. Die im Institut für medizinische Diagnostik gestohlenen, mit Tuberkulinschleim geimpften Meerschweinchen und Kaninchen sind heute nachmittags im Hofe des Hauses Wollstraße 14 gefunden worden. Die Tiere waren alle tot und in einem Sad eingeschürzt. Die Spur der Einbrecher konnte noch nicht ermittelt werden.

Strandung eines Hamburger Dampfers. Cuxhaven, 13. Febr. Der Hamburger Dampfer „Greichen“ ist vor Südeider gestrandet. Acht von vier ausgelassene Hilfsdampfer machen bisher vergebliche Versuche.

Der Hochwasserstand in Lüneburg. Lüneburg, 13. Febr. Das letzte Hochwasser noch viel größeren Schaden angerichtet hat, als ursprünglich angenommen wurde, beweist eine Senatsvorlage, die dem Bürgerausschuß zugegangen ist. Der Senat fordert zur Vertiefung einer Kanalanne am Konstantplatz 168 000 M. Er begründet diese Forderung damit, daß das dortige Bollwerk, das erst vor 10 Jahren errichtet und vor einigen Jahren nach einer Sturmflut gründlich ausgebessert wurde, nun vollständig unbrauchbar geworden sei.

Schiffsunfall. London, 13. Febr. Der englische, mit Gemut beladene Dreimaster „Moor“ ist heute nacht bei heftigem Sturm bei Dover untergegangen. Der Kapitän wurde heute aus dem Felsenturm, das aus dem Wasser herausragte, gerettet. Die übrige Besatzung von acht Mann ist ertrunken.

Deutscher Reichstag.

Kanalamts-Angestellte und Volksversicherung.

S. Berlin, 13. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem heute Staatssekretär Zimmermann einiges bereits Bekannte über den Schutz der Deutschen in Mexiko erzählt hatte, lebte der Reichstag — es war der 19. Tag — die Etatsberatung fort. Beim Kanalamt führten Levin (Soz.) und Hoff (Volksp.) Beschwerden, der eine über die Verhältnisse der beim Kanal beschäftigten Arbeiter, der andere darüber, daß die Kanalschiffe oft wochenlang auf Durchschleppung vor der Einfahrt warten müssen. Die Antwort des Ministerialdirektors war recht nichtssagend. Noch ausführlicher gestaltete sich die Debatte beim Aufsichtsamte für Privatversicherung. Nicht nur die für zahlreiche Beteiligten immer noch mysteriös erscheinenden Einrichtungen und Vorschriften der Angestelltenversicherung wurden behandelt. Vor allen Dingen setzte ein sehr heftiger Redekampf ein über die neuen öffentlichen Volksversicherungsunternehmen und den Kampf, den die kapitalistische Volksversicherung und die sozialdemokratische Volksfürsorge auf der einen Seite unter sich und auf der anderen Seite gegen die erbitterte Konkurrenz der privaten Versicherungsgesellschaften führen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dörmann begründete einen Antrag, die öffentlich rechtlichen Versicherungen der Reichsaufsicht zu unterstellen, vor allen Dingen aber die behördliche Propaganda für diese Volksversicherung gesetzlich einzudämmen, ein Antrag, für den auch das Zentrum sich aussprach. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hilsebrandt wiederum führte bewegliche Klage für die Bekämpfung der Volksfürsorge. Man habe sogar das Aufsichtsamte veranlassen wollen, der sozialdemokratischen Organisation durch eine offensbare Rechtsbeugung die Genehmigung zu versagen. Staatssekretär Desbrüd lehnte eine gesetzliche Regelung ab, versicherte aber, es sei Fürsorge getroffen, daß der Konkurrenzkampf sich für die Folge überall in den erforderlichen Grenzen halte.

Nach schier nicht endenwollender Debatte, in der u. a. der nationalliberale Abgeordnete Götting die sozialdemokratischen Anträge als überflüssig befämpfte und auf die auch der Abgeordnete Heil als leibhaftiger Anwalt der Volksfürsorge einging — der beste Beweis, welche große Bedeutung die Sozialdemokratie der neuen Organisation beimißt —, vertagte man sich in vorgeordneter Stunde.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 13. Februar.

Am Bundesratssitz: Zunächst Kommissare.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 2 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

kurze Anfragen.

Abg. Febr. v. Nischoten (nall.) fragt: Zeitungsnachrichten zufolge hat die amerikanische Regierung das bisher bestehende Verbot der Waffenausfuhr nach der Republik Mexiko aufgehoben. Es dürfte zu befürchten sein, daß dadurch die Revolution gegen den auch deutschseits anerkannten gegenwärtigen Präsidenten der mexikanischen Republik bedeutend gestärkt wird. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob der kaiserlichen Regierung mit Rücksicht auf die dauernden Unruhen in Mexiko schwer geschädigten deutschen Interessen Mitteilung über diese Maßregel, seitens der amerikanischen Regierung gemacht worden sind?

In Verbindung damit fragt Abg. Dr. Mund (Wpt.): Nach Zeitungsmitteilungen hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika das bisherige Verbot der Einfuhr von Waffen nach Mexiko aufgehoben. Dadurch dürfte vorwiegend die revolutionäre Bewegung im Norden Mexikos wieder an Stärke und Ausdehnung gewinnen. Was gedenkt der Herr Reichskanzler bei dieser Sachlage zum Schutze der deutschen Interessen zu tun?

Unterstaatssekretär Zimmermann: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat uns am 11. d. M. mitgeteilt, daß vorläufig niemand in der Lage ist, die Angelegenheiten der Republik Mexiko zu ordnen. Sie meint, daß die Machtverhältnisse vorläufig nicht in der Lage sein würden, im Norden des Landes sich die nötige Autorität zu verschaffen. Die amerikanische Regierung hat deshalb das Waffenverbot aufgehoben, nachdem auch die Staatsangehörigen anderer Länder in die Lage versetzt worden sind, nach Mexiko zu verfahren, was ihnen beliebt. So weit die Mitteilung der amerikanischen Regierung. Der Schutz der deutschen Interessen in Mexiko ist den Verbündeten Regierungen ein Gegenstand ernstlicher Sorge. Als sich im Herbst vorigen Jahres die Lage wieder bedrohlicher gestaltete, haben sie nach Veracruz das Schiffschiff „Serta“ beordert, das bis zum Eintreffen des kleinen Kreuzers „Dremsen“ dort blieb. Nach der Weisung wurde der kleine Kreuzer „Karnberg“ entsandt, der am 12. November dort eintraf. Durch das Vorhandensein unserer Kriegsschiffe sind unsere Staatsangehörigen wenigstens an den Küsten geschützt. Auf den Schiffen können im äußersten Notfall die aus dem Innern des Landes flüchtenden Unterthanen finden. In dankenswerter Weise hat sich auch die Hamburg-Amerika-Linie bereit erklärt, auf heranzuziehenden Handelsdampfern ihrer Flotte den Deutschen ebenfalls Unterstützung zu gewähren. Die Regierung ist allerdings außerstande, im Innern des Landes Schutz zu gewähren. Es ist deshalb den in Durango und Torreón lebenden Deutschen geraten worden, sichere Orte aufzusuchen. Da einige Familien nicht über die nötigen Geldmittel verfügten, um fortzuziehen zu können, so sind ihnen von amtlicher deutscher Seite aus gegen Schuldlose Unterstützungen gewährt worden. Auch sind deutscherseits amtliche Expeditionen in das Innere gemacht worden, um die Flüchtlinge in sichere Orte zu geleiten. Glücklicherweise sind die Verluste deutscher Staatsangehöriger an Leben nicht allzu groß, dagegen sind natürlich die Verluste an Gut und Gut groß. Es geht ihnen aber in dieser Beziehung nicht schlechter oder besser als den Angehörigen anderer Nationen. Selbstverständlich wird die mexikanische Regierung nach völkerrechtlichem Grundsatz dazu angehalten werden, für den entstehenden Schaden aufzukommen.

Abg. Schulz-Gesf. (Soz.): In einer Versammlung des Berliner Philologen-Vereins im Dezember 1913 hat der preussische Ministerialdirektor v. Bremen mitgeteilt, daß in Kürze ein pädagogisches Zentralinstitut errichtet werden solle. Kann der Herr Reichskanzler darüber Auskunft geben, ob es sich bei diesem Plane um eine Zentralstelle für Preußen oder um ein pädagogisches Zentralinstitut für das Deutsche Reich handelt?

Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Dr. Devald: Das von der preussischen Unterrichtsverwaltung ins Leben gerufene Zentralinstitut hat die Aufgabe, alles auf diesem Gebiet vorhandene Material zu sammeln und die Einrichtungen zu studieren, es durch Kurse und andere Dinge weiteren Kreisen zugänglich zu machen und so die weitere Entwicklung zu fördern. Wenn auch das Institut nur ein preussisches sein wird, so wird es doch seine Wirksamkeit nicht nur innerhalb der Grenzen Preußens finden.

Abg. Goldhorn (Welfe) fragt: Die Klagen sind allgemein, daß in Ausführung der Reichsversicherungsordnung auch Eltern, die sich in durchaus gesicherten Vermögensverhältnissen befinden, gezwungen werden, ihre im eigenen Betriebe mitarbeitenden und bei ihnen wohnenden Kinder in den Landfrankenassen zu versichern. Man verlangt solches beispielsweise im Landratskreise Stolzenau (Sammover) von wohlhabenden Hofbesitzern, die zur Reichsteuer herangezogen sind oder fordern den Nachweis eines hohen Kapitals von mindestens 3000 M. für jedes betreffende Kind. Da eine derartige Handhabung der Reichsversicherungsordnung unserer Auffassung dieses Gesetzes nicht entspricht, so richten wir die Anfrage an den Herrn Reichskanzler, ob er eine derartige Interpretation des Gesetzes für die richtige hält?

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Caspar: Bei den Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung ist diese Frage eingehend erörtert worden und man ging von der Erwägung aus, ob die Kinder, die gegen Entgelt in den öffentlichen Betrieben tätig sind, versicherungspflichtig sind oder nicht. Wie weit hier eine Versicherungspflicht besteht, das muß von Fall zu Fall entschieden werden.

Die Anfrage des Abg. Dr. Müller-Reiningen (Wpt.) nach Maßnahmen zur Verhütung der fortgesetzten schweren Unglücke auf dem Flugplatz Johannisthal wird, wie Vizepräsident Dr. Baasche mitteilt, auf Wunsch der Regierung später beantwortet werden.

Dann wird die Beratung zum

Etat des Reichsamts des Innern

fortgesetzt, und zwar werden zunächst die gestern zurückgestellten Bestimmungen vorgenommen. Das Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ wird bewilligt und die dazu gestellten Anträge werden angenommen. Das Kapitel „Physikalisch-Technische Reichsanstalt“ passiert ohne Debatte. — Bei Kapitel

„Kanalamt“

fragt Abg. Legien (Soz.) über die zu lange Arbeitszeit der Arbeiter bei den Kanalbauten. Auch reichen die Löhne nicht aus, um den Arbeitern eine einigermaßen angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen.

Abg. Hoff (Wpt.): Der Kaiser-Wilhelm-Kanal sollte zwar zunächst strategischen Zwecken dienen, daneben aber auch den Zwecken des Verkehrs und der Kultur. Das ist bei der Beratung der Kanalvorlage mit Recht hervorgehoben worden. Erfolgreich ist es, daß der Verkehr der Handelschiffe in aufsteigender Linie sich befindet. Leider genügt der Kanalbetrieb dort keineswegs. Es scheint in der Organisation ein Fehler vorhanden zu sein, der die volle Ausnutzung des Kanalmaterials unmöglich macht.

Ministerialdirektor v. Jongsdrees: Die Zahl der ausländischen Arbeiter beim Kanalbau ist bereits um 25 Prozent gesunken. Von irgendeiner Mangel, wie es Herr Legien nannte, der Kanalverwaltung gegen Arbeiter und Schiffsmannschaften ist keine Rede. Der Verkehr im Kanal unterliegt selbstverständlich den verschiedenen Windverhältnissen. Wenn hinsichtlich der Bequemlichkeit von Schleppdampfern bei Brundpötel Unzulänglichkeiten sich ergeben haben, so dürfte darin inzwischen schon Abhilfe geschaffen worden sein.

Bei uns besteht leider kein Schleppmonopol. Wir legen jetzt jährlich eine halbe Million am Schlepptarif zu. Da kann man nicht verlangen, daß wir unter allen Um-

ständen jede beliebige Zahl von Schleppern stellen; wir wollen uns aber bemühen, mit einer neuen Tarifierung eine Abmilderung zu erreichen.

Nach nochmaligen kurzen Ausführungen der Abg. Legien (Soz.) und Hoff (Wpt.) wird das Kapitel „Kanalamt“ bewilligt. Vor Eintritt in die Beratung des Kapitels

„Aufsichtsamte für Privatversicherung“

gibt Abg. Wiesberts (Zentr.) im Namen seiner Partei die Erklärung ab, daß die geistigen Ausführungen seines Parteigenossen Aitor hinsichtlich des Ausscheidens der auf dem Wege zur Arbeitsstätte erlittenen Unfälle von der Entschädigungspflicht nicht im Rahmen der Fraktion gemacht worden seien. Das Zentrum stehe auf dem Standpunkt, daß diese Unfälle als Betriebsunfälle zu entschädigen seien, so weit sie den Arbeiter bei seiner Betriebsstätigkeit treffen. Herr Aitor habe lediglich als Vorsitzender einer Versicherungsgesellschaft gesprochen. Diese Erklärung sei wichtig, weil sonst der Ansehen erodiert werden könnte, als ob ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren vorgenommen werden sollte.

Zu dem zur Debatte stehenden Kapitel selber führt

Abg. Giebel (Soz.) aus: Was mein Freund Bauer ausgeführt hat, hat er im vollen Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion gesagt. (Heiterkeit.) Die Versicherungspflicht von Privatangeestellten sollte sich weniger nach der jeweiligen Beschäftigungsart richten, die allgemeine Stellung des Betreffenden sollte ausschlaggebend sein. Ein außerordentlicher Absehtand besteht darin, daß dem Angestellten, der einen Antrag auf Einleitung eines Heilverfahrens stellt, der dritte Teil der Kosten auferlegt wird. Dann bitte ich um Auskunft, wie viel Anträge auf Heilverfahren bisher gestellt worden sind. Die Anstalten sollten ihren Besitz nicht unsozial anlegen, sondern sich von kapitalistischen Geschäften fernhalten. Bei Hypothekengeschäften nahmen sie sogar recht erhebliche Abschlußprovisionen. Die Beamtenverhältnisse der Reichsversicherungsanstalt sind völlig ungenügend. Mit Unrecht wird den Beamten die Bildung eines Ausschusses unmöglich gemacht. Die Militäranwärter werden bevorzugt und die Gehälter für niedere Beamte reichen nicht aus.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besitzt das Selbstverwaltungsrecht. Wir können deshalb nur Ratschläge erteilen. Die Entscheidung z. B. auch über die Anlegung der Gelder liegt aber bei der Verwaltung. Auch die übrigen Klagen des Redners können hier nicht zur Erledigung gebracht werden, sondern im Aufsichtsrat der Anstalt. Ein Drittel der Beamten soll mindestens Militäranwärter sein, aber weshalb sollte darüber hinaus es aber ausgeschlossen sein, tüchtige Leute anzustellen, bloß weil sie Militäranwärter sind. In der ersten Zeit der Versicherung waren Überstunden erklärlich, ja verständlich. Daß die räumlichen Verhältnisse im Versicherungsamt nicht ausreichen, liegt daran, daß bei Errichtung des Amtes in aller Eile Privathäuser gemietet werden mußten.

Abg. Wallenborn (Ztr.): Auch die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen, deren Geschäftsbetrieb sich über mehrere Bundesstaaten oder Provinzen eines Staates erstreckt, müssen, wie in einer der vorliegenden Resolutionen gefordert wird, der Aufsicht des Aufsichtsrats für Privatversicherung unterstellt werden.

Den Staats- und Gemeindebeamten sowie den Lehrern muß unterlagt werden, daß sie ihren amtlichen Einfluß zugunsten der Volksversicherungen geltend machen.

Abg. v. Winterfeldt-Mentz (Konf.): Es ist erklärlich, daß die privaten Versicherungen zornig sind über die Gefährdung ihres Bestandes. Die Volksversicherungsanstalten bebauern auch wir. Die Ziffern, die die Volksversicherung erzielt hat, sind imponierend und beweisen das Bedürfnis für eine Volksversicherung.

Private und öffentliche Versicherungen können wohl nebeneinander bestehen.

Die Volksversicherung ist das Werk eines einzigen Mannes, und die Bewunderung kann man diesem Manne, dem Geh. Rat Rapp, nicht versagen. Sein Name wird nicht nur mit der Geschichte der Versicherung, sondern auch mit Deutschland verbunden sein und bleiben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Doormann (Wpt.): Um der Gerechtigkeit willen muß ich ausgeben, daß die privaten Versicherungsanstalten in ihrem Kampfe nicht immer in den angemessenen Grenzen geblieben sind. (Spre! Spre! rechts.) Wir sind nicht Gegner der öffentlichen Versicherungsanstalten, wir fordern nur, daß sie sich dieselben Mittel bedienen, wie die privaten Versicherungen.

Abg. Dr. Jund (nall.): Durch das Auftreten des Geh. Rats Rapp waren die privaten Gesellschaften in der Verteilungsgestaltung. Die Waffen der beiden Versicherungsarten sollen gut und gleich sein. (Heiterkeit.) Das Aufsichtsamte muß eine strenge Kontrolle auch auf das ganze Reich hin ausüben.

Auch die Volksversicherung ist kein humanitäres Werk, sondern eine geschäftliche Institution.

Das Reichsamt des Innern mag dafür sorgen, daß die beiden feindlichen Brüder vereint marschieren und schlagen. Das liegt im Interesse der Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Staatssekretär Dr. Desbrüd: Bei dem dieser Debatte zugrunde liegenden Konkurrenzkampf zweier Arten von Versicherungen sind leider Ausschreitungen vorgekommen. Die öffentlich rechtlichen Versicherungen unterstützen dem preussischen Minister des Innern, die Volksversicherung dem Reichsamt des Innern. Die Annahme, daß von diesen Ministerien die eine oder die andere Partei begünstigt worden sei, ist falsch. Der Minister und ich sind stets in enger Fühlung miteinander geblieben. Wir waren darüber einig, daß eine energische Propaganda der Volksversicherung eine sehr wichtige Aufgabe sei und gefördert werden müsse. Wir waren uns einig, daß für bestimmte Gegenden die Volksversicherung die geeignetste Versicherungsform sei, in anderen die andere Form. Auf Wunsch der großen christlichen Arbeiterorganisationen habe ich die Beteiligung der Reichsregierung an der Verwaltung gesichert. Auch waren wir uns einig, daß es nicht erwünscht ist, daß beide Unternehmungen sich bekämpfen, sie sollten vielmehr in gemeinschaftlicher Front schlagen. Eine Einigung herbeizuführen, ist mir leider nicht gelungen.

Wenn sich der Kampf verzögern hat, wird sich diese Vereinbarung gut erreichen lassen. Wir sind uns einig darüber geworden, daß jeder Teil dafür zu sorgen hat, daß ein Kampf künftig in angemessenen Formen sich abspielt. Im Anfang an hat volle Übereinstimmung zwischen den preussischen und den Reichsbehörden bestanden. Sie haben Anlaß genommen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen,

die die Sicherheit bieten, daß der Konkurrenzkampf in Zukunft beiderseits sich in angemessenen Formen abspielt. Nun hat man geglaubt, daß diese Vorlesungen Anlaß geben sollten, eine Änderung unserer gesetzlichen Bestimmungen über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmungen in dem Sinne einzutreten zu lassen.

daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten in dem Bundesstaat, soweit sich ihre Tätigkeit über den Bezirk eines Bundesstaats erstreckt, der Aufsicht des Aufsichtsamts unterstellt werden.

Demgegenüber muß ich meinem Bedenken Ausdruck geben, eine Änderung der jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen. Durch ein Übergreifen der preussischen öffentlich-rechtlichen Versicherungen über die Grenzen des preussischen Staats hinaus tritt keine Rechtsverschiebung ein. Außerdem sind zwischen einzelnen Bundesstaaten, z. B. Preußen und Bayern, Abmachungen rechtlicher Natur über die Zuständigkeit bei Prozessen usw. getroffen worden. Die Befürchtung, daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten sich dem ordentlichen Gerichtsstand entziehen könnten, ist grundlos. Es ist selbstverständlich, daß alle Klagen aus Versicherungsverträgen, die öffentlich-rechtliche Anstalten abgeschlossen haben, im ordentlichen Rechtsweg zum Ausdruck zu bringen sind. Ausschreitungen im Konkurrenzkampf seitens der einen oder anderen Partei werden nach den gleichen Grundsätzen und mit der gleichen Schärfe geahndet werden.

Abg. Napp (Wirtsch. Ber.): Die verteilten Flugblätter beider Versicherungsarten beweisen, daß sich ein ganz ungehöriger Kampf entsponnen hat. Um diesen zu beenden, ist es nötig, die beiden Resolutionen anzunehmen.

Abg. Hildenbrand (Soz.): Die ganze Debatte zeigt wieder, wie kleinlicher preussisch-deutscher Geist in diesen Dingen besteht. Die Reichsregierung kommt mit ihren sozialen Maßnahmen immer hinterher. Anstatt, daß sie die tatkräftige Selbsthilfe der Arbeiter freit, versucht sie diese zu hören und, wenn möglich, zu vernichten. Der Staatssekretär fordert ja selber auf, eine einzige Front zu bilden, um gegen die Sozialdemokratie loszuschlagen zu können. Tatsächlich handelt es sich für Herrn Dr. Napp nur darum,

seine agrarischen Wünsche zu erfüllen hinsichtlich der Regelung der landwirtschaftlichen Kredite.

Damit ist aber nicht der Versicherungszweck erreicht. Wir verlangen, daß unserer Volksversicherung gegenüber die gleichen Waffen angewendet werden. Dagegen hat Dr. Napp in seinem Jahresbericht zwei Vorstandsmitglieder unserer Volksversicherung mit dem Schimpfwort bedacht, „Unter-schlagungen“ begangen zu haben. Eine Genugtuung war nicht zu erlangen, das Gericht hat seine Verfolgung abgelehnt, und es ist auch festgestellt, daß Dr. Napp bei seiner falschen Beschuldigung vom preussischen Landwirtschaftsminister unterstützt worden ist. (Vizepräsident Dr. Dove: Sie dürfen dem Minister einen derartigen Vorwurf nicht machen.) Es handelt sich hier um einen rein formellen Akt. Unsere Hoffnung, daß es noch Richter in Preußen gebe, die den guten Namen zu schützen wissen, hat sich nicht erfüllt. Die Grundlagen der Volksversicherung sind nicht ansehnlich.

Weshalb bezeichnet man sie als eine Gründung der sozialdemokratischen Partei? Damit beginnt der unlautere Kampf.

Wir haben uns gegen die gemeinsame Front zu verteidigen und fordern in diesem Kampf die gleichen Waffen auch für uns.

Abg. Schwarz-Schweinfurt (Zentr.): Es ist von Führern der Sozialdemokratie anerkannt worden, daß die Volksfürsorge zugunsten der freien Gewerkschaften und somit indirekt der Sozialdemokratie gegründet worden ist. (Sehr unrichtig bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht widerlegt worden. Da so häufig Winkelsicherungen auftreten, ist die Leute um hohe Versicherungsbeträge prellen, sollten die Unterlagen und die Versicherungen derartiger Versicherungen von Aufsicht wegen geprüft werden.

Abg. Götting (natl.): Die öffentlich-rechtlichen Versicherungen können den Privatversicherungen nicht gleichgestellt und deshalb auch nicht der Aufsicht des Aufsichtsamts unterstellt werden. Es wäre auch fälschlich für diese großen nationalen Unternehmungen, wie man aus dem Widerhall der sozialdemokratischen Partei erfahren kann.

Die Volksversicherung ist nur eine erhöhte Form des Sparends.

Wir brauchen deshalb auch für sie eine erhöhte Propaganda. Je mehr Kapital sich anammelt, um so mehr kann sie auch im sozialen Sinne durch Darlehen wirken. Ich bitte, beide Resolutionen abzulehnen.

Abg. v. Winterfeld (kons.): Die deutsche Volksversicherung hat lediglich den Zweck, den Interessen des deutschen Volkes zu dienen. Wenn von Seiten der privaten Versicherungsgesellschaften deren enorme Überschüsse nur in den großen Städten angelegt werden, so ist es lediglich ein Akt der Willkür, wenn man sich bemüht, auf anderem Wege dem ländlichen Besitz die Möglichkeit zu geben, Geld aufzunehmen.

Abg. Heine (Soz.): Staatssekretär Dr. Delbrück und der preussische Minister des Innern sind sich vollständig einig in dem Bestreben, häßliche Formen in dem Konkurrenzkampf auszuscheiden. Nur die Volksfürsorge bleibt vogelfrei. Die Behauptung, daß die Volksfürsorge politische Zwecke verfolge, ist ein ungeheurer Schwindel. (Blode. Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Dies ist ein falscher Schluss, wenn es nicht eine Lüge ist.

Die Volksfürsorge ist ein Werk der Arbeiter.

Sie verlangt von niemand einen Groschen als Geschenk und steht völlig auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, sonst wäre sie nicht genehmigt worden. Sollen wir uns von den Gesellschaften das Fell über die Ohren ziehen lassen. Noch kein Eintretender ist von der Volksfürsorge nach seiner politischen Überzeugung gefragt worden.

Präsident Dr. Kaempf: Sie haben im Lauf dieser Rede von einer Lüge gesprochen. Dies ist aber in eine sehr geschickte Form gekleidet, so daß ich Sie nicht zur Ordnung rufen konnte. Diese Art von Redewendung, die zwar den Anschein erweckt, als ob sie lediglich auf außerordentliche Befindlichkeiten gemünzt seien, tatsächlich aber Anwesenende verfechten müssen, ist unparlamentarisch. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Meier (Zentr.): Es ist sehr wohl möglich, neben einer Staatsaufsicht auch eine solche des Reichs zu unterhalten.

Nachdem noch der Abg. Siebenbürger (kons.) und Staatssekretär Dr. Delbrück sich zu dem Beratungsgegenstand geäußert, wurde die Weiterberatung auf Samstag 10 Uhr vertagt. Die Abstimmungen finden morgen statt.

Schluß 7¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Coroner Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 13. Februar.

Am Ministertisch der Minister des Innern v. Dallwig, Vizepräsident Borch eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr. Zunächst beschließt das Haus, das wegen

Beleidiigung des Abgeordnetenhauses

gegen den Redakteur des „Vorwärts“ Sachs gefällte Urteil im „Reichs- und Staatsanzeiger“ und im „Vorwärts“ auf Kosten des Bezugsstellen einmal bekanntzumachen, wozu ihm die Befugnis durch das Landgericht 1 Berlin am 23. Mai 1913 ausgesprochen war. Die Beleidiigung war in einem Artikel des „Vorwärts“ mit der Überschrift „Reaktionäre Affentomödie“ ausgesprochen worden.

Das Haus lehnt die Verurteilung des

Klats des Ministeriums des Innern

fort.

Abg. Freiherr v. Zedlig (freikons.): Wenn die National-liberalen die Sozialdemokraten energisch bekämpfen wollen, so werden wir sie hierbei mit voller Kraft unterstützen. Bei der müssen wir jetzt beobachten, daß die fortschrittliche Volkspartei vielfach zur Sozialdemokratie hinneigt und sie wie bei den Wahlen unterstützt. Darin liegt ein Verrat an der Gemeinschaft der bürgerlichen Parteien. Es zeigt sich hier wieder die alte Wahrheit des Bismarckschen Wortes, daß die freisinnige Partei die Vorhut der Sozialdemokratie sei. Der Antrag der Nationalliberalen und Konservativen, betreffend den Schutz der Arbeitswilligen, hat zwar keine praktische Bedeutung, wir werden ihm aber zustimmen, weil wir in ihm einen Schritt auf dem Wege des Zusammenarbeitens der bürgerlichen Parteien erblicken. Wir begrüßen die Vereinnahmung des Zentrums auf dem Boden der vaterländischen Interessen mit uns zusammenzuarbeiten. Wenn der Ostmarkenverein vielleicht einmal etwas zu weit gegangen ist, so muß man berücksichtigen, daß er in vaterländischem Interesse handelt, und daß er für die Verteidigung des Deutschlands kämpft.

Dem Ostmarkenverein sind Dokumente gestohlen worden.

(Nachdem bei den Sozialdemokraten.) Sie — zu den Sozialdemokraten — haben kein Verständnis für die Anwendung so schändlicher Mittel. (Erregte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. Vizepräsident Dr. Borch: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Zuruf des Abg. Hoffmann: Lebhafter Beifall rechts. Ruhe.) Herr Abg. Hoffmann, Sie haben neulich eine lange Rede gehalten, ich bitte Sie, nun auch die anderen reden zu lassen. (Abg. Hoffmann: Wir werden ja provoziert!)

Abg. Freiherr v. Zedlig: Mich stören die Zwischenrufe nicht. (Vizepräsident Dr. Borch: Aber das Haus wird dadurch gestört. Ich bitte nochmals, Zwischenrufe zu unterlassen.)

Abg. Freiherr v. Zedlig (fortfahrend): Was das Wahlrecht betrifft, so wollen wir seine Mängel beseitigen. Es ist eine andere Zusammensetzung des Herrenhauses verlangt worden. Es sitzen dort aber auch Vertreter des Handels und der Industrie. Es ist ein Handwerker und neulich auch ein bauerlicher Besitzer in das Herrenhaus berufen worden. (Bravo rechts.) Es ist gegen uns der Vorwurf erhoben worden, daß wir Preußen vom Reich trennen wollten.

Auf solche blödsinnige Gedanken kann man nur in der Zukunft verzichten kommen.

(Weiterkeit.) Wenn wir für eine starke preussische Monarchie eintraten, so handeln wir damit im Interesse des Reichsgedankens. Die freisinnigen und Sozialdemokraten haben im Reichstag das Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler zum Ausgangspunkt von schweren Angriffen gegen unser Heerwesen genommen. Gegen ein derartiges Vorgehen gibt es nur eins: Ein festes und starkes Preußen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Köstke (kons.): Eingemeindungen von Landgemeinden dürfen nicht zum Schaden der Kreise erfolgen. Die Frage der Volksversicherungen verdient heute große Aufmerksamkeit, da ihnen eine nationale Bedeutung innewohnt. Gegen die öffentlich-rechtlichen Versicherungen ist der unbegründete Vorwurf erhoben worden, daß sie der privaten Versicherung unzulässige Konkurrenz machen. Beide Arten der Versicherung sollten sich nicht bekämpfen, sondern Hand in Hand arbeiten.

Was den Schutz der Arbeitswilligen betrifft, so wollen wir vor allem die Arbeitsfreiheit sichern.

Die Polizeigewalt sollte vermindert werden, bei Streikuntzen eingegriffen. Abg. Fuhrmann ist für ein stärkeres Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft eingetreten. Wir haben denselben Wunsch. Wir sollten in höherem Maße als bisher befreundet sein, und gegenseitig zu verstehen, dann werden wir uns auch politisch mehr nähern. Wir haben nie verlangt, daß Preußen ein Agrarstaat sein soll, aber wir haben nicht die Meinung, daß Preußen hauptsächlich ein Industrie- und Handelsstaat werden wird. Die Auffassung, daß wir uns hauptsächlich auf den Bund der Landwirte stützen, ist irrig; eine große politische Partei darf ihre Stütze nicht in einer wirtschaftlichen Organisation finden. Die Nationalliberalen sollten nicht bestrebt sein, Unfrieden zwischen großen und kleinen Besitzern zu stiften. Herr Fuhrmann hat wie ein Schulmeister zu uns gesprochen, und bei den Wahlen hat er gesagt: Der Feind steht rechts. Und vor einem solchen Führer sollen wir uns nun verbeugen! Ich nehme aber nicht an, daß Herr Fuhrmann die Brücken zwischen uns hat abbrechen wollen. Das sollen auch meine Ausführungen nicht bedeuten, wir sind auch trotz alledem zu einem Zusammengehen bereit. Wir verlangen, daß das Volk die Freiheit seiner Betätigung zum Segen des Vaterlandes haben muß. Die stillosen Kräfte unseres Volkes müssen erhalten werden. Wir treten auch für die Aufrechterhaltung der Religion ein. Wir gehen unseren Weg mit dem Auge, mit dem unsere Vorfahren vor 100 Jahren die Befreiung Preußens und Deutschlands erreicht haben, mit dem Auge „Mit Gott!“ (Lebhafter Beifall rechts. Ruhe bei den Soz. Durral)

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Wir sind der Meinung, wo ein gemeinsamer Weg ist, da soll auch ein Weg dahin gefunden werden. Solche parteipolitische Kämpfe sind mit einem reinigenden Gewitter zu vergleichen trotz der Panaren, die wir Gen gehört haben. Eine solche Rede hätte eigentlich in den Jukus Walsch gehört. Die Rede des Abg. Fuhrmann ist von manchen als ein Rud nach rechts, von anderen Seiten als ein Rud nach links bezeichnet worden. Nach unserer Auffassung bedeutet sie einen Rud nach vornwärts im Interesse der einheitlichen Entwicklung unserer Partei. Wir stehen ein-

mütig hinter dem, was Abg. Fuhrmann ausgeführt hat. Der Bund der Landwirte bekämpft überall, wo er auftritt, meine Partei, obwohl wir immer die landwirtschaftlichen Interessen vertreten.

Wir wissen uns frei von jeder demokratischen Tendenz, von jeder den Gleichmacherei;

Wir wollen, daß jeder an den Kulturgütern des Vaterlandes teilnehmen soll. Abg. Köstke meint, daß wir die Schärfe in den Wahlkampf getragen haben. Man sollte nicht andere beschuldigen, wenn man selbst der Sünde bloß ist. Was den Preußenbund betrifft, so möchte ich an ein Wort erinnern, das der Großherzog von Baden am 18. Januar 1871 gesprochen hat, wo er den Reichsgedanken über die Interessen der Einzelstaaten gestellt hat. Wir hoffen, daß der Preußenbund sobald als möglich verschwinden möge. Wenn die bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten wollen, so ist es erforderlich, daß jede Partei die Anschauungen der anderen als gleichwertig und gleichberechtigt anerkennt. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Stepmat (kons. Litauer): Wo die Polen die Macht haben, sind sie unduldsam. Das zeigt sich besonders in Litauen, wo sich die Polen die unerhörtesten Übergriffe den Litauern gegenüber zuschulden kommen lassen. Wir Litauern sind königstreu bis auf die Knochen, und wir bitten den Minister, uns nicht anders zu behandeln als die Polen. (Bravo! rechts.)

Inzwischen ist ein Antrag Braun (Soz.) auf Aufhebung der Paragraphen 9, 10 und 41 des Preßgesetzes (Bestimmungen über Plakate) eingegangen.

Abg. Imbusch (Ztr.): Die sozialpolitische Gesetzgebung muß weitergeführt werden. Wir wünschen auf diesem Gebiete keinen Stillstand. Die Gutachten der Ärzte werden oft nur im Interesse der Berufsvereinigungen abgegeben. In die Versicherungsämter muß ein gesunder Geist eingebracht werden, die Arbeiter mit der sozialen Gesetzgebung zufriedener sein. (Bravo! im Zentrum.)

Hierauf wird die allgemeine Debatte geschlossen.

Die Abg. Dr. Schinde (fortsch. Vpl.), Graf von der Groeben (kons.), Pippmann (fortsch. Vpl.), Dr. Liebknecht (Soz.), Dr. Gaigalat (Litauer) und von Trampczowski (Vole) bedauern, daß ihnen durch den Schluß der Debatte die Gelegenheit genommen ist, auf die gegen sie erhobenen Angriffe zu antworten.

(Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) wird zur Ordnung gerufen, als er in den Bemerkungen zur Geschäftsordnung erklärte, Abg. Freiherr v. Zedlig sei als Verteidiger der bewaffneten Offiziersgesellschaft gegen das wehrlose Volk aufgetreten.)

Die Abstimmung über die in der allgemeinen Besprechung behandelten Anträge wird zurückgestellt.

Es wird nunmehr über die aus der allgemeinen Besprechung ausgeschiedenen Anträge verhandelt.

Abg. Schuredding (Ztr.) begründet seinen von allen bürgerlichen Parteien unterstützten Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, wonach

die Fürsorge für die gemeingefährlichen Geisteskranken, so weit sie nicht gemäß dem Gesetze vom 11. Juli 1891 den Landesarmenverbänden obliegt, vom Staat zu übernehmen ist.

Minister des Innern v. Dallwig: Die Aufnahme und Entlassung von gemeingefährlichen Geisteskranken geschieht in der Regel auf Antrag der Ortspolizeibehörden. Die Aufnahme findet in der Regel in Provinzialanstalten statt. Durch die finanzielle Unterstützung würden zwar die Provinzen, aber nicht die Steuerzahler entlastet werden. Leistungsfähigen Provinzialverbänden könnte durch Delegation geholfen werden. Ich halte es nicht für angezeigt, an den bestehenden Zuständen etwas zu ändern, bevor nicht von Reich wegen die Sache definitiv geregelt ist.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr vertagt. — Schluß 1¼ Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Der Kaiser auf der Feuerwehrrparade.

wb. Berlin, 13. Febr. Heute vormittag wohnte der Kaiser im Lustgarten einer Vorführung der Berliner Feuerwehr bei. Die Kaiserin sah von einem Fenster der ersten Etage, desgleichen die Mitglieder des diplomatischen Korps der Vorführung zu. Der Kaiser schritt die Front der im Lustgarten aufgestellten Kompanie ab, den Mannschaften einen Guten Morgen wünschend. Es folgten die Schulübungen des zweiten und fünften Automobilbataillons, zusammen 40 Automobile, die Übung am Dome, weitere Vorführungen und Besichtigungen. Der Kaiser ließ sich mehrfach eingehende Erklärungen geben. Nach Schluß der Übungen drückte der Kaiser gegenüber den Mannschaften seine hohe Zufriedenheit über das Gesehene aus. Es wurden eine Reihe Ordensauszeichnungen verliehen.

Ein längeres Gespräch des Kaisers mit dem Berliner Oberbürgermeister.

†† Berlin, 13. Febr. Zu den Gästen, die zu der heutigen Feuerwehrrparade vor dem Kaiser geladen waren, gehörte auch Oberbürgermeister Wermuth, der in Begleitung des Stadtverordnetenvorstehers Michelet und des Stadtrates Hamburger kurz vor 11 Uhr im Magistratsautomobil im Lustgarten vorfuhr. Als die Parade beendet war, wandte sich der Kaiser zum Oberbürgermeister Wermuth und zog ihn in ein auf-fallend langes Gespräch, zu dem auch Stadtverordneten-vorsteher Michelet zugezogen wurde. Im Verlaufe der Unterhaltung, die der Kaiser wiederholt mit sehr lebhaften Gesten begleitete, kam der Monarch auch auf den Bau des Opernhauses und des Hoffmannschen Planes zu sprechen. Der Kaiser sagte, daß er mit dem Plan Hoffmanns durchaus einverstanden sei und daß er sich um die anderen Projekte nicht kümmerte. Er sei der Bauherr und er bezahle den Bau aus seiner eigenen Tasche; deshalb brauche er andere Leute nicht nach ihrer Ansicht zu fragen. Der Kaiser unterhielt sich dann über Neubauten der Stadt Berlin und schließlich über die geplante Zubildungsstraße, sowie über Bauten der weiteren Umgebung des Lustgartens und der Universität. Dann sprach der Kaiser auch seine Freude über das gute Ergebnis der

[illegible]

Sprechstunde der Kolonialen: 10 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertrauf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Mk. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Dringel'son, 21. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb des Reichsgebietes. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Verlags, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Bsp. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Miner Anzeiger“ in einheitlicher Schaltung; 20 Bsp. in demselben Anzeiger, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bsp. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bsp. für lokale Anzeigen; 2 Bsp. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unterbreiteter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 9 Uhr nachmittags. — Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Wilmersdorf 450 u. 451.

Samstag, 14. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 76. • 62. Jahrgang.

Der Wettbewerb auf dem südamerikanischen Markt.

Von Dr. Paul Mohrbach.

Wer als Deutscher die wichtigeren Wirtschaftsländer Südamerikas besucht und sich über die dortigen Handelsverhältnisse zu unterrichten bemüht ist, wird zunächst den Eindruck haben, als ob Deutschland eine hervorragende Stellung einnimmt, namentlich in Chile, Bolivien, Peru, aber auch in Argentinien und den übrigen Ländern spanischer Zunge. Dieser Eindruck rührt daher, daß an vielen Plätzen die deutsche Kolonie besonders zahlreich ist, deutsche Kaufleute sich nicht nur in den großen Hafenstädten, sondern auch überall im Innern des Landes niedergelassen haben und deutsche Geschäftsreisende mit Eifer und Erfolg selbst die kleinsten Städte aufsuchen. Hierbei sehen wir zunächst von den umfassenden deutschen Siedelungen im Süden von Brasilien und in Süd-Chile ab. Diese Deutschen gehören in politischer Beziehung nicht mehr zum Mutterlande, sondern sind Angehörige ihrer neuen Heimat geworden. Geistig und wirtschaftlich bestehen gewisse Zusammenhänge mit Deutschland, aber namentlich in letzterer Hinsicht sind sie geringer, als man denken sollte. Politisch spielen die brasilianischen und chilenischen Deutschen fast gar keine Rolle. Sie bilden einen sehr wichtigen Wirtschaftsfaktor innerhalb der Länder, wo sie sich niedergelassen haben, aber meistens sind es kleine Leute ohne höhere Interessen, und sie werden von den Südamerikanern, unter denen sie leben, gleichzeitig als Kulturmaterial ausgebeutet und mit unfreundlichem Mißtrauen über die Äpfel angesehen.

Wer in Valparaiso oder Santiago, den beiden größten Städten Chiles, durch die Hauptgeschäftstrasse geht, der sieht überwiegend deutsche und englische Namen auf den Firmenschildern. In Valparaiso, dem wichtigsten Hafen an der ganzen Westküste von Südamerika, gehören die spanisch lautenden Geschäftsnamen förmlich zu den Ausnahmen. In beiden Plätzen ist die deutsche Kolonie je etwa 5000 Köpfe stark, härter als irgend eine andere ausländische, mit Ausnahme der europäischen Spanier, die aber meistens untergeordnete Stellen bis herab zum gewöhnlichen Handarbeiter einnehmen. Dasselbe Bild, nur in kleinerem Maßstabe, wiederholt sich in La Paz, in Lima und an anderen nördlichen Plätzen. Buenos-Aires als Weltstadt hat im Geschäftsleben einen ganz internationalen Charakter, aber die deutsche Kaufmannschaft ist auch dort zahlreich und höchst angesehen.

Wendet man sich der Handelsstatistik zu, so ist das Bild schon ziemlich anders. In Chile geht die Hälfte der Ausfuhr nach England und zwei Fünftel der Einfuhr kommen von dort; Deutschland ist mit einem Viertel und einem Fünftel beteiligt. In Peru war das Verhältnis, soweit die letzten veröffentlichten Statistiken reichen, für Deutschland noch ungünstiger; in letzter Zeit wird es von den anstehenden deutschen Kaufleuten günstiger beurteilt. In Argentinien rangiert Deutschland in der Einfuhr mit einem Siebentel, England stark mit einem Drittel; das Verhältnis der Ausfuhrziffern ist schwer feststellbar. Überall hat man das Bild, daß die äußerlich hervortretende zahlenmäßige Stellung des Deutschlands dem Anteil des deutschen Handels nicht recht entspricht. Auch in Brasilien steht Deutschland handelspolitisch hinter England und Amerika zurück; aber dort macht sich das deutsche Element, von bestimmten Plätzen abgesehen, auch äußerlich weniger geltend. In allen südamerikanischen Staaten ist der wirtschaftliche Einfluß Amerikas im Vordringen; der Englands ist von altersher bedeutend und gefestigt. Frankreich steht hinter Deutschland, aber erstens ist es immerhin merkwürdig, wie verhältnismäßig bedeutend sein Handel, namentlich sein Einfuhrhandel nach Südamerika ist, und zweitens ist seine Stellung im geistigen und allgemeinen kulturellen Leben der südamerikanischen Völker von unvergleichlicher Bedeutung.

Der innere Unterschied zunächst zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten als Wettbewerber innerhalb der südamerikanischen Welt ist der, daß England und die Union nicht nur mit ihrem Handel, sondern vor allen Dingen mit bedeutenden Kapitalanlagen in dem Erdteil festliegen, Deutschland aber hauptsächlich auf den gewöhnlichen Handel, Export und Import, angewiesen ist. Fast das ganze argentinische Eisenbahnnetz ist mit englischem Gelde gebaut. Es wird von London aus verwaltet; alle Persönlichkeiten in leitender und viele in mittlerer gut bezahlter Stellung sind Engländer. In Peru spielt das amerikanische Kapital neben dem englischen nicht nur im Eisenbahnwesen, sondern auch in den Bergwerken die herrschende Rolle. Dadurch kommt es, daß nicht nur der allgemeine Einfluß Englands und Amerikas bedeutend ist, sondern auch, daß die Lieferun-

gen großen Stills, Eisenbahnbaumaterial, Maschinen aller Art für Bergwerks- und landwirtschaftliche Betriebe fast ausschließlich nach Amerika oder allenfalls England gehen. Die Amerikaner und Engländer sind im südamerikanischen Geschäft sicherer als wir, und sie sind außerdem in der Lage, durch ihre im Lande investierte Kapitalmacht stets einen gewissen Druck auf die Regierung und die einheimische Handelswelt auszuüben. Die deutschen Kaufleute exportieren Landesprodukte und führen Industriewaren aller Art ein, aber sie können aus dem Geschäft hinausgedrängt werden, sobald ein anderer kommt, der höhere Preise bietet oder billigere Preise berechnen kann. Darauf gehen jetzt die Amerikaner aus, denn die nordamerikanischen Trusts sind in der Lage, dem ausländischen Konsum in den Vereinigten Staaten hohe Preise zu diktieren und dafür ihre Fabrikate billig ins Ausland zu verschleudern. In Südamerika bekommt man überall Proben dieses Systems zu sehen, für dessen Wirkung die großen amerikanischen Kapitalien im Lande die Handhabe bieten.

Es ist ja eine bekannte Tatsache, deren Gründe hier nicht weiter erörtert werden sollen, daß in Deutschland wenig Kapital zur Anlage im Ausland gefunden werden kann. In Bolivien gab es während der letzten Jahre eine deutsche Militärmission, die Portretreffliches geleistet hat. Daraufhin wollte die bolivianische Regierung in Deutschland eine, übrigens nicht bedeutende, Anleihe aufnehmen, um ihr Eisenbahnnetz an das argentinische anzuschließen. Die Vermählungen waren vergeblich, Bolivien mußte sich nach Paris wenden. Dort bekam es das gewünschte Kapital, aber selbstverständlich mit der Auflage, die deutsche Militärmission baldmöglichst abzubauen. In diesem Jahre sind nur noch zwei deutsche Offiziere in La Paz; im nächsten wird wahrscheinlich niemand mehr dort sein.

Frankreich ist für die romanischen Völker Südamerikas in allen Kulturdingen das Ideal und das maßgebende Vorbild für den Geschmack. Wer die französischen Handelsziffern der letzten anderthalb Jahrzehnte unterlächelt, wird sich einigermaßen darüber wundern, daß Frankreich trotz seiner stillstehenden Bevölkerung und trotz der verhältnismäßig geringen Initiativen, welche die private französische Geschäftswelt nach auswärts entfaltet, doch eine so große Zunahme seines Handels zu verzeichnen hat. Es kann mit Deutschland und England nicht Schritt halten, aber es kommt doch stark voran. Der Grund ist der, daß die Franzosen seit altersher in der überseeischen Welt, vor allen Dingen bei den ihnen stammbesverwandten Völkern, als das Vorbild aller höheren Kultur gelten, und mit dem Wachstum des Wohlstandes bei den Bewohnern und tausenden Stunden Frankreichs steigt auch die Nachfrage nach den besonderen französischen Erzeugnissen. Frankreich exportiert viele Luxuswaren, wie Seidenstoffe, Kleidung, Möbel, sogenannte Pariser Artikel, Kunstgegenstände und dergleichen. Je mehr die Wohlhabenheit der überseeischen Länder sich vermehrt, desto sicherer vermehrt sich auch, vermöge der dort herrschenden Bewunderung für die französische Kultur, der Export Frankreichs. Dabei rührt auch die verhältnismäßig bedeutende Stellung, die der französische Handel in Südamerika einnimmt.

Es mag nicht sehr erfreulich sein, sich die schwachen Seiten der eigenen Stellung und die Stärke der Konkurrenz auf diesem oder jenem Stück des Weltmarktes vorhalten zu lassen, aber es ist nützlich, wenn man sich über solche Dinge klar wird. Die Befriedigung über die äußerlich und zahlenmäßig scheinbar bedeutende Stellung Deutschlands in Südamerika darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei den Engländern und Amerikanern, und wie wir eben sahen, teilweise sogar bei den Franzosen, die der Grundlag für den Einfluß im wirtschaftspolitischen Leben Südamerikas vorhanden sind als bei uns.

Politische Übersicht.

Das neue Opernhaus.

O Berlin, 13. Februar.

Der Kaiser unterhielt sich heute (wie wir in der Morgenausgabe schon meldeten, Schriftl.) während der Feuerwehrrunde mit dem Oberbürgermeister Wermuth und dem Stadtverordnetenvorsteher Mischelet über den Hoffmannschen Opernhausplan, den er mit dem Bismarck lobte, daß er sich um andere Entwürfe nicht kümmern werde. Er sei der Bauherr, er bezahle den Bau aus seiner Tasche, und deshalb brauche er andere Leute nicht nach ihren Ansichten zu fragen. So wenigstens berichtet das „Tagblatt“. Ob sich der Kaiser aber auch wirklich so geäußert hat? Es ist hinlänglich bekannt, daß der Staat den größten Teil der Kosten aufzubringen hat; sonst würde sich ja der Landtag nicht mit der Opernhausfrage beschäftigen müssen. Sicher

aber ist, daß dem Kaiser die Pläne des Berliner Stadtbaurats gut gefallen, und dessen kann man sich nur freuen. Hoffmann ist von einem Teil der Berliner Architekten in sehr ungeschöner Weise angegriffen worden. Sachliche Ausstellungen sind selbstverständlich berechtigt, und Stadtbaurat Hoffmann selber weiß genau, was seinen Plänen noch an Ausreifung und Durchbildung fehlt. Er wird gewiß noch viel ändern, aber ein anderer würde das nicht besser machen, und es wäre das Schlimmste, was geschehen könnte, wenn nach den Vorschlägen der Feinde und Feinder Hoffmanns wohl gar ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben würde. Wie freundlich der Kaiser zu den Plänen steht, konnte man bereits merken, als vor einigen Tagen in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses der Minister der öffentlichen Bauten Flug, gewandt und verbindlich um die Zustimmung zu dem Entwurfe warb. Nachdem das Ministerium früher die Sache sozusagen im eigenen Betriebe hatte machen wollen (an den betreffenden Grubischen Entwurf denkt man noch mit Bestimmtheit zurück), war die veränderte Stellungnahme eine Überlegung, aber, wie man hinzufügen darf, eine angenehme.

Der Gesundheitszustand der französischen Truppen.

Die Verhandlung in der Kammer.

wb. Paris, 13. Febr. Die Kammer verhandelte über die Interpellationen, betreffend den Gesundheitszustand der Truppen im Osten. Dr. Lachaud suchte an Hand des statistischen Materials nachzuweisen, daß nach Einführung des neuen Militärgesetzes stets bei der Armee Epidemien vorgekommen seien, namentlich bei den Soldaten des ersten Jahrgangs. Lachaud erinnerte daran, daß im Januar die Kaiserin in 76 Garnisonen herrschte, besonders in Spinal, Nancy und Châlons, und Schicksalstreffen in 89 Garnisonen. An den Kaiserin seien 31, am Kaiserinshof 34, an der Kaiserinshof 20 und an anderen Orten auch eine Anzahl Soldaten gestorben; übrigens sei der Winter außerordentlich hart gewesen. Als Lachaud fortfuhr, unterbrach ihn der Sozialist Rouanet durch Zwischenrufe, indem er dem früheren Kriegsminister Etienne vorwarf, er sei für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich. Etienne erwiderte, daß er die Verantwortlichkeit voll auf sich. Lachaud erklärte weiter, die meisten Kasernen seien zu stark belegt. Rouanet und nach ihm Thomas warfen dem Kriegsminister Etienne vor, er habe den Abänderungsantrag zu den Militärgesetzen, durch welchen auf einmal 45 000 Mann mehr eingestellt worden seien, angenommen. Er hätte erklären müssen, daß es unmöglich sei, sie alle unterzubringen. Die äußerliche Finte beteiligte sich lebhaft an den Zwischenrufen gegen Etienne, so daß der Präsident energisch einschreiten mußte. Lachaud verlangte verschiedene Verbesserungen hinsichtlich des Schuhzeugs, der Bekleidung und der Verpflegung der Soldaten, und forderte eine größere Zahl von Militärärzten. Am Schluß verlangte er, die Regierung solle einen Gesandtschaftsbesuch, betreffend die Ausbesserung der alten Kasernen, einbringen. — Cocheret, der Vorsitzende der Budgetkommission, verwahrte sich gegen den Vorwurf Lachauds, die Kommission habe einen Teil der notwendigen Kredite verweigert. — Doumergue erklärte, die Regierung habe nicht gezögert, die Maßregeln für die Gesundheit der Soldaten zu ergreifen, die die Lage erforderlich. Seit Monaten beschäftige sich die Regierung damit, der zu starken Belegung der Kasernen vorzubeugen und die Gebäude gesunder zu gestalten, sowie besondere Kohlenvorräte zu verteilen und für Bekleidung und Schuhzeug der Mannschaften zu sorgen. Überall, wo Fehler gemacht worden seien, habe die Regierung bereits Gegenmaßnahmen ergriffen, die sie fortsetzen werde. Die Regierung werde sich jedoch nicht auf Monarchen einlassen, die darin beständen, sich der Soldaten zu politischen Zwecken zu bedienen und die Abstimmung über das Budget hinauszuschieben. Doumergue verlangte, die Kammer solle am Montag in der Abstimmung über das Budget fortfahren und der Regierung ihr Vertrauen aussprechen. — Ein Antrag Reinach, am Montag die Beratung der Interpellation über den Gesundheitszustand der Soldaten fortzusetzen, wurde mit 353 gegen 189 Stimmen nach lebhafter Diskussion abgelehnt. Sie wird am nächsten Freitag fortgesetzt werden. Die Sitzung wurde aufgehoben. Montagnachmittag: Beratung des Marineetats.

Das Echo in der Presse.

wb. Paris, 14. Febr. Die konservativen Blätter erklären, der Verlauf der gestrigen Debatte über den Gesundheitszustand der Armee habe deutlich gezeigt, daß diese Frage lediglich ein Vorwand zu einem neuen Ansturm gegen das Dreijahresgesetz bilden sollte. — Die sozialistische Presse macht übrigens kein Geht daraus, daß sie ausschließlich das Dreijahresgesetz für den schlechten Gesundheitszustand in der Armee verantwortlich mache. — Die „France Militaire“, das offizielle Blatt des Kriegsministeriums, gibt heute zum erstenmal zu, daß die Situation tatsächlich außerordentlich viel zu wünschen übrig lasse. Man erklärt, daß eine Anzahl durchreisender Maßnahmen bevorstehe. (Vergl. „Letzte Nachrichten“.)

Deutscher Landwirtschaftsrat.

S. u. H. Berlin, 18. Februar.

Die vierte und letzte Sitzung der 42. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats wurde durch den Präsidenten Grafen v. Schwerin-Löwisch eröffnet. An erster Stelle erstattete Professor v. Stödel (Stuttgart) ein kurzes Referat über die Aufgaben und Sitzungen der Wirtschaftlichen Forschungsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Da die Errichtung einer solchen Stelle schon am 6. Februar 1910 von dem Deutschen Landwirtschaftsrat grundsätzlich beschlossen worden sei, habe jetzt nur die Feststellung der Sitzungen zu erfolgen. Der Referent beantragt, den Ständigen Ausschuss mit dem Entwurf der Sitzungen zu betrauen, und zwar solle aus diesem eine Kommission zur Vorbereitung der Sitzungen zusammengetreten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Domänenrat Reith (Hof) erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses für Handelsgebräuche, und zwar speziell über die Revision der allgemeinen Bestimmungen beim Handel mit chemischen Düngemitteln der Superphosphat-Industrie. — Landesökonomierat Dr. Kommer (Braunschweig) stellt hierzu den Antrag, der Deutsche Landwirtschaftsrat möge erneut beim Reichsanwalt um ein Gesetz über die Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Kaltegesetz, wie es bereits von der 40. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats beantragt worden ist, vorzulegen werden, da die Abstände allmählich untragbar würden. Dem Antrag wurde zugestimmt, ebenso wie den vom Ausschuss für Handelsgebräuche entworfenen Normen über den Handel mit chemischen Düngemitteln. — Hierauf erstattete Nittergutbesitzer Maertens (Kassel) ein Referat über Mißbräuche bei der Einfuhr russischer Futtermittel, indem er einen Antrag vorlegte, worin u. a. der Reichsanwalt gebeten wird, die namentlich aus Süd- und Westrußland kommenden Klagen, daß russische Gerste ohne die Notifizierung oder Kennzeichnung als Malzgerste zu dem Getreidegeschäft abgesetzt werde und dadurch eine schwere Schädigung der Staatskasse und der Brauereien herbeigeführt werde, auf ihre Begründung hin untersuchen zu lassen. Nachdem der Vorsitzende der Grenzuntersuchungskommission v. Arnim festgestellt hatte, daß vielfach stark meißelartige Klagen über die russische Grenze geschäftet werde, um den Zoll zu umgehen, wurde der Antrag angenommen. — Zum Schluß der Sitzung erschien wieder der preussische Landwirtschaftsminister Freih. v. Schorlemer-Lieser im Saal. — Professor Dr. Vabe (Berlin), der Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats, erstattete an letzter Stelle ein kurzes fachwissenschaftliches Referat über das Ausfuhrquantum der deutschen Getreide- und Kartoffelernte. Die Versammlung war mit seinen Ausführungen einverstanden. — Hierauf schloß der Präsident Graf v. Schwerin-Löwisch mit Dankworten die Tagung mit einem Hoch auf den Kaiser.

Deutsches Reich.

* Eine bemerkenswerte Rede des Prinzen Heinrich von Preußen. Bei der gestrigen Schaffermahlzeit in Bremen, die in altertümlicher Weise verlief, führte Prinz Heinrich von Preußen u. a. folgendes aus: „Es ist selbstredend, daß Heer und Marine für ein mächtiges deutsches Reich eine Notwendigkeit geworden sind. Ein Blick auf die Vergangenheit und namentlich auf die jüngste Vergangenheit lehrt uns, daß, wenn Heer und Marine nicht existierten, wir wahrscheinlich nicht an dieser Tafel sitzen würden. Es ist auch von Opferfreudigkeit gesprochen worden. Dieses kann man nur freudig begrüßen. In der Tat ist ein freier Zug durch das deutsche Volk gegangen, um sein tapferes Heer zu verstärken. Daß es im Notfalle seine Pflicht und Schuldigkeit tun wird, brauche ich nicht erst zu sagen. Aber wie das deutsche Volk auf sein Heer und seine Kriegsmarine mit Recht stolz ist, so kann es auch mit Recht stolz sein auf seine Handelsmarine, und was der deutsche Seemann zu leisten imstande ist, davon weiß der Atlantik zu sagen und zu singen. Daß natürlich dem Bremer Staate sein Norddeutscher Lloyd zunächst am Herzen liegt, das ist begreiflich. Wie ich für meine Person über Bremen und seinen Lloyd denke, das brauche ich, glaube ich, in diesem Saal nicht erst auszuführen. Wir alle, die wir die Erkenntnis der jüngsten Tage erlebt haben, sind froh darüber gewesen, daß endlich die großen Dampfschiffahrtsgesellschaften einen Bund eingegangen sind, der, wenn er von beiden Seiten loyal gehandhabt wird, wohl von Beständigkeit sein wird.“ — Nach der Mahlzeit begab sich Prinz Heinrich wieder in sein Hotel zurück.

* Die Frage der Befreiung der Dienstboten von der Versicherungsspflicht. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht einen Erlaß des Handelsministers v. Sydow an die familiären Oberverwaltungsämter in der Frage der Krankenversicherung der

Dienstboten, in welchem es heißt: Bei der Entscheidung über die Anträge auf Befreiung von Dienstboten von der Versicherungsspflicht (§§ 435 und 618 der VVO.) ist davon auszugehen, daß das Gesetz dem Dienstherrn bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf die Genehmigung eines Antrags verleiht, der nicht durch eine mit der Absicht des Gesetzgebers unvereinbare Auslegung und Handhabung der gesetzlichen Vorschriften geschildert werden darf. Die Voraussetzungen des § 418 Abs. 2 Nr. 1 der VVO. sind auch gegeben, wenn der Antragsteller bei einer Versicherungsgesellschaft, einem Dienstboten-Abonnementverein oder einer ähnlichen Einrichtung eine Rückversicherung genommen hat, sofern er den Versicherungsbeitrag aus eigenen Mitteln deckt. Den an die Leistungsfähigkeit der Dienstberechtigten zu stellenden Anforderungen sind nicht die höchsten Ansprüche zugrunde zu legen, die an ihn unter äußerst selten eintretenden Voraussetzungen erhoben werden können, sondern die Unterhaltungsbedürfnisse, die zwar schwerer Art, aber doch öfters vorzukommen pflegen. Eine allgemeine Norm dafür, bei welchen Einkommen die Leistungsfähigkeit des Antragstellers genügend gesichert ist, läßt sich nicht aufstellen, weil diese Frage nach der Lage des einzelnen Falles beantwortet werden muß. Eine von dem Antragsteller nachgewiesene Rückversicherung muß bei Beurteilung seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. — Zu diesem Erlaß schreibt die „Kreuzzeitung“: „Hoffentlich ist damit unbilligen Forderungen, wie sie bisher vielfach der Forderung auf Befreiung entgegengetreten war, ein Riegel vorgeschoben.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, man werde abwarten, ob die Bestimmungen dieses Erlasses genügen, um die geradezu unglaublichen Anforderungen, die einzelne Klassenverbände für den Nachweis der Leistungsfähigkeit der Dienstherrschaften aufstellen, auf ein vernünftiges Maß herabzusetzen.

* Das reichsländische Kabinett. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht jetzt amtlich die Ernennung des Direktors im preussischen Justizministerium Dr. Frenken in Berlin zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Eisen-Rohrungen (Justiz und Kultus) und des Ministerialrats im Ministerium für Eisen-Rohrungen Cronau in Berlin zum Ministerialdirektor mit dem Range der Räte erster Klasse. Ferner meldet der „Reichsanzeiger“ die nachgesuchte Dienstentlassung des Ministerialdirektors v. Traut nebst der Verleihung des Sterns zum Königlich Preussischen Kronenorden zweiter Klasse.

* Der Stichwahltermin in Jersichow ist nunmehr amtlich auf Freitag, den 20. Februar, angesetzt worden. Die nationalliberale Partei wird sich in besonderen Wahlauftritten an alle Wähler wenden und diese zur Stimmabgabe für den konservativen Kandidaten auffordern.

* Die Bagdabahn-Verhandlungen. Die deutschen Beiräte, die zu den Bagdabahn-Verhandlungen zwischen der englischen und der deutschen Regierung in London weilten, sind gestern nach Berlin abgereist. Man erklärt in London, daß Deutschland und England in großen Zügen ein Abereinkommen getroffen haben, auch bezüglich der Punkte des Vertrages über die französischen Interessen an der Bagdabahn. Wie verlautet, bleibt nur noch die Regelung von Einzelheiten übrig.

* Eine Erklärung des Deutschen Bauernbundes an den „Enthüllungen“ des Abgeordneten Hestermann. Im „Deutschen Kurier“ veröffentlichte gestern Abend der Präsident des Deutschen Bauernbundes gegenüber den „Enthüllungen“ des Abgeordneten Hestermann in der „Heftischen Landessitzung“ eine zwei Spalten lange Erklärung, in der die verschiedenen Behauptungen Hestermanns für unwahr erklärt werden. Das interessanteste ist die Feststellung, daß Hestermann vom Deutschen Bauernbund nach seiner Wahl deshalb nicht als Beamter beschäftigt wurde, weil der größte Teil der Zeit zur Agitation, für die er allein verwendbar gewesen sei, infolge seiner Reichstagsstätigkeit wegfiel, und weil er infolge der Angriffe gegen ihn und seine Familie zwar immer Mitleid erregte, tatsächlich aber eine solche nicht angestrengt hat.

* Keine Entsendung des Benediktinerabtes Janssen nach Deutschland. Die Meldung des „Mainzer Journals“, daß der Benediktinerabt Janssen mit einer Visitationsreise nach verschiedenen Diözesen Deutschlands beauftragt sei, entbehrt, wie er selbst, einer römischen Drahtung der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge mittelst, jeder Begründung.

* Amtliche Warnung vor dem Eintritt in die Fremdenlegion. Der Eisenbahnminister genehmigte die Anbringung von Tafeln und Plakaten mit Warnungen vor dem Eintritt in die Fremdenlegion auf den Bahnhöfen der preussischen Staatsbahnen.

* Die Tagung der Welfenpartei. Wie die Deutsche Reichspartei (Welfen) bekannt gibt, findet ihr Parteitag am Mittwoch, 18. März, in Berlin statt. Als Referenten sind angemeldet Reichsanwalt Martin (Kassel) und Reichstagsabgeordneter Alpers (Hamburg).

in England vergeblich versucht worden, das Geld zusammenzubringen, um diesen Rembrandt dem englischen Kunstbesitz zu erhalten, aber Amerika blieb Sieger. Die gewaltigsten Summen, die in den letzten Jahren für herborragende Werke alter Meister angelegt wurden, gestiegen sind, zeigt nachfolgende Liste erzielter Rekordpreise: Rembrandts „Mühle“ erzielte (1911) 2 Millionen, Frans Hals Selbstbildnis mit seiner Familie (1910) 2 Millionen, Velasquez: Philipp IV. (1910) 1 600 000, Goethe: „Grazia“ (1909) 1 420 000, Rembrandts „Weibchen“ (1913) 880 000, Romney: Anna von Polen (1913) 830 000. Der Preis, den Pierpont Morgan für die vielumstrittene „Madonna mit dem Kinde“ von Raffael bezahlte, ist nicht bekannt geworden, Eingewürfte aber geben ihn mit 2 Millionen Mark an.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Johannes Trautwiesers neuestes Werk „Die Mutter“, eine dreiteilige Bühnenhandlung, wurde vom neuen Bremer Schauspielhaus zur Aufführung angenommen und wird am 4. März erstmalig zur Aufführung gelangen.

Der Autor des Stückes „Der Gott der Nacht“, Schafum Asch, hat ein neues Bühnenwerk vollendet. Es ist eine Komödie „Familie Großglock“, die an der Neuen Bühne in Szene geht.

In Kottbus soll John Brindman, dem hervorragenden niederdeutschen Dichter, bei Gelegenheit seines 100. Geburtstages, den 3. Juni 1914, ein Denkmalbrunnen gesetzt werden.

Johann Hinrich Hehrs, der kürzlich 70 Jahre alt wurde, soll in Rüthenbad, seinem Geburtsort, ein Denkmal er-

* Zum Vorsitzenden der bayerischen Zentrumspartei an Stelle Bernas ist der Abgeordnete Held gewählt worden. Held ist am 6. Juni 1868 zu Erbach in Hessen-Rassau geboren, ist also nach Bayern eingewandert. Seit 1907 gehört er der bayerischen Abgeordnetenkammer an. Held ist Hauptkassierer des „Regensburger Morgenblattes“.

* Die Vereinigung konservativer Frauen hat im Herrenhaus eine Sitzung abgehalten und einen Vortrag von Dr. Diederichs gehalten.

Rechtspflege und Verwaltung.

Justiz-Personalien. Dem Amtsgerichtsrat Geheimen Justizrat Wolff in Diez ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension erteilt. — Referendar Remb im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M. wurde zum Gerichtsassessor ernannt.

Als Präsident des Landeswasseramts, das am 1. April dieses Jahres in Berlin nach den Bestimmungen des Wasser-Gesetzes gebildet werden soll, ist der Geheimrechner des Reichs-Engelhardt, vortragender Rat im Landwirtschaftsministerium, in Aussicht genommen.

Der erste bürgerliche Landgerichtspräsident. Der bisherige Oberlandesgerichtsrat Dr. Nathan Stein ist zum Präsidenten des Landgerichts Mannheim ernannt worden. Es ist dies nach dem „Berl. Tagebl.“ der erste Fall, daß in Deutschland ein Jude zum Präsidenten eines Gerichts ernannt wird.

Parlamentarisches.

Gemeinschaftliche Anträge, betr. die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen. Die gestern im Reichstag behandelten Anträge lauten wie folgt: Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, nötigenfalls durch Verhandlung mit den Landesregierungen, dafür zu sorgen 1. daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen (Lebensversicherung und Volksversicherung), die nicht der Aufsicht des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung unterstellt sind, bei ihrer Propaganda und Versicherungsvermittlung die Grundsätze beachten, die das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung für die privaten Versicherungsunternehmungen aufgestellt hat; 2. daß den Behörden, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrern unterstellt wird, ihren amtlichen Einfluß zugunsten irgend einer Lebensversicherungsform geltend zu machen. — Ferner: Der Reichstag wolle beschließen: Die Verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch welchen das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 dahin geändert wird, daß auch die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen, deren Geschäftsbetrieb sich über mehrere Bundesstaaten oder Provinzen eines Staates erstreckt, der Aufsicht des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung unterstellt werden. — Die Anträge sind von den nachfolgenden Abgeordneten der bürgerlichen Parteien unterzeichnet: Dr. Doormann, Jäger, Dr. Pfleger, Rupp (Marburg), Dr. Abich, Ahlhorn, Warling, Warthol, Beck (Heidelberg), Becker (Münster), Behrens, Dr. Blund, Dr. Bollert, Holz, Dr. Brabant, Bruchhoff (Jülich), Chrysant, Dore, Gummig, Engelberger, Dr. Fehder, Fegter, Dr. Fervers, Fischel, Giesberts, Gotheim, Gunter, Dr. Haas (Baden), Hachse, Kaufmann, Led. Hermann, Dr. Gieseler, Held, Hepp, Hepp (Stralsund), Hoff, Dr. Hoppe, Hubrich (Oberhausen), Jol (Erding), Dr. Jund, Keinald, Kerckbaum, Dr. Kerckhauser, Kiel, Klebe, Koch, Kopp, Kopsch, Krings (Neuwied), Krömer, Kube, Kiesling, Kist (Erfingen), Dr. v. List (Glogau), Lühel, Dr. Marcor, Dr. Müller (Meiningen), Raden, Dr. Naumann (Mabes), Dr. Reumann-Hofer, Dr. Ortmann, Dr. Rahnke, v. Bayer, Dr. Pieper, Poppe, Rehr, v. Richter, Rösler, Roland-Lüde, Schiffer (Worfen), Schulenburg, Dr. v. Schulze-Gebornitz, Schmiedhardt, Sieber (Nürnberg), Sir (Amberg), Süßlovich, Stöbe, Dr. Straube, Waltheim, Wamhoff, Weinhausen, Dr. Wendorf, Dr. Wiemer, Wittum, Zimmermann.

Die Waffengebrauchskommission. Für Mittwoch nächster Woche ist die Reichstagskommission zur Beratung der von freimütiger und elastiher Seite eingebrachten Initiativen über das Recht des militärischen Waffengebrauchs in Kriegzeiten einberufen worden. Es heißt, das Kriegsministerium habe sich bereit erklärt, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

* Die Kommissionsberatung des Spionagegesetzentwurfes. Der 19. Ausschuss des Reichstags, der in der vorigen Sitzung den Absatz 1 des § 2 des Gesetzentwurfs gegen den Verrat militärischer Geheimnisse erörtert hatte, nahm gestern zunächst den Absatz 2 des genannten Paragraphen in folgender abgeänderter Fassung an: War das Geheimnis oder die Nachricht dem Täter in seiner Eigenschaft als deutscher Beamter oder deutsche Militärperson zugänglich, so kann, wenn der Verrat einen schweren Schaden für die Sicherheit des Reichs zur Folge gehabt oder der Täter dies voraus-

Renilleton.

Rus Kunst und Leben.

Die Rekordpreise für alte Meister. Der endgültige Verkauf der vielumstrittenen Gemälden von Raffael an den bekannten amerikanischen Sammler und „Elektrizitätskönig“ von Philadelphia Mr. A. P. Widener bereichert die Liste der in den letzten Jahren gezahlten Riesensummen für alte Meister um einen neuen Rekord. Die Londoner Kunsthändler Duveen erwarben das berühmte Bildnis, das in Sammlerkreisen auch als der „Bauhänger Raffael“ bekannt ist, für 2 Millionen Mark, und selbst dem berühmten man sich in England, eine Summe aufzubringen, durch die das Kunstwerk für die Nationalgalerie hätte gesichert werden können. Diese Bemühungen sind gescheitert: Widener erwarb die vielumstrittene „Madonna für einen Preis, der über 1 400 000 Pfund, also über 2 800 000 Mark hinausgehen soll. Der „Bauhänger Raffael“ war die kleinere der beiden Raffaelischen Madonnen, die der dritte Carl Cosper im 18. Jahrhundert kaufte. Das Bild hing über ein Jahrhundert lang auf dem Familienfries der Cospers und ging erst im vergangenen Jahre durch den Tod der letzten Lady Cosper in den Besitz ihrer Nichte Lady Desborough über. Ein Angebot über 1 400 000 Mark, das damals der Lady Desborough zuging, wurde abgelehnt. Der Käufer Mr. Widener ist der Besitzer einer der hervorragendsten Sammlungen alter Meister in Amerika; er war es auch, der 1911 die berühmte „Mühle“ Rembrandts für 2 Millionen Mark kaufte. Auch damals war

richtet werden in Gestalt eines Findlings mit Bronzetafel und Reliefbild.

Siedende Kunst und Musik. Martha Seffler-Buckard sang die Kunden bei der ersten „Parfifal“-Aufführung in Halle mit starkem Erfolg bei Presse und Publikum.

In Wien ist der Landschaftsmaler Franz Alt im Alter von 63 Jahren gestorben.

Das 2. große Leipziger Bachfest 1914 wird vom 4. bis 6. Juni gefeiert werden.

Wie der „N. N.“ berichtet, ist in einer Kirche von Narkischewan (Gouvernement Erivan) ein bisher unbekanntes Gemälde von Leonardo da Vinci aufgefunden worden, das die Geburt des Heilandes in einer Grotte darstellt. Man nimmt an, daß das Bild von einem fremden Missionar zur Zeit Scheich Abbas in die Kirche gebracht worden sei.

Wissenschaft und Technik. Alfons Bertillon, der Chef des anthropometrischen Dienstes der Pariser Polizei, ist gestern in Paris im Alter von 61 Jahren gestorben.

In London kam bei Sotheby am Mittwoch ein interessanter Originalbrief der Schottensönigin Maria Stuart unter den Hammer. Das Schreiben trägt das Datum des 31. August 1588, ist an den Laird von Barm gerichtet und fordert den Grundherrschaft auf, verschiedenen Personen, die auf ihrem Grund und Boden bei Mannoos lebten und zur Zeit ihres Aufstandes verbannt wurden, die Heimkehr und die Wiederaufstellung zu gestatten. Nach heiligem Kampfe ging dieses Handschreiben der unglücklichen Königin für 6000 M. in den Besitz des Kunsthändlers Pearson über.

gesehen hat, auf lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt worden." § 8 wurde mit einer einzigen Abänderung nach der Regierungsvorlage angenommen und lautet: „Wer ohne den Vorbehalt der Sicherheit des Reiches zu gefährden, vorsätzlich und rechtswidrig ein militärisches Geheimnis an einen anderen gelangen läßt, wird mit Gefängnis oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Gemeinsame Initiativanträge der bürgerlichen Parteien im Reichstag. Im Reichstag ist von sämtlichen bürgerlichen Parteien ein Initiativantrag eingebracht worden, durch den eine gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Mitteln zur Verhütung der Geburt gefordert wird.

Die bayerische Erbschaftsteuerreform. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses legte die bayerische Staatsregierung einen Gesetzentwurf vor, nach dem zu der Erbschaftsteuer, die nach den Vorschriften des Reichserbschaftsteuergesetzes veranlagt wird, ein Zuschlag von 25 Prozent für die Staatskasse erhoben werden soll. Es wird auf die gleiche Maßnahme in Baden hingewiesen. Die Vorlage, die mit einer Einnahme von etwa 1,7 Millionen rechnet, wird begründet mit der erheblichen Steigerung des Staatsaufwandes, der Verminderung des Anteils der Bundesstaaten an der Erbschaftsteuer von einem Viertel auf ein Fünftel und dem ganz empfindlichen Rückgang einzelner Staatsgefälle. Staatsminister von Breunig stellte ein ausführliches Exposé für später in Aussicht und gab einen summarischen Überblick über die Finanzlage des Staates.

Ausland.

England.

Der Flottenetat 1914/15. London, 14. Febr. Über die wirkliche Höhe der Marineforderungen für 1914/15 ist man noch nicht genau unterrichtet, da in den letzten Wochen versucht wurde, soviel wie irgend möglich zu streichen. Das liberale Blatt „Daily Chronicle“ teilt mit, daß die Vorlage etwas mehr als 5 Millionen Pfund Sterling verlangen werde, also über den Nachtragsertrag von 1913/14, der drei Millionen Pfund beträgt, hinausgehen wird.

Ein neuer Finanzsekretär. London, 13. Febr. Der Unterstaatssekretär für Indien Montagu ist an Stelle Rothermans zum Finanzsekretär im Schatzamt ernannt worden.

Italien.

Betrügereien in der Kriegsverwaltung. Mailand, 14. Febr. Der „Secolo“ meldet, daß gegen eine bedeutende Firma in der Lombardie eine Anzeige bei den kriegsgerichtlichen Behörden erstattet worden sei, weil die Firma Millionenbetrügereien zum Nachteil der Kriegsverwaltung verübt habe.

Rußland.

Der Wechsel im Petersburger Ministerium. Petersburg, 13. Febr. In Dumareisen wird die Wichtigkeit der Verträge vom Militärattaché Sjasonow und Suchomilnow bestritten, jedoch der Militärattaché Rasso bestätigt.

Der neue französische Botschafter. Petersburg, 13. Febr. Der neue französische Botschafter in Petersburg Salgogue ist heute morgen hier eingetroffen.

Eine Forderung des Patriarchen. Petersburg, 14. Febr. Der Papst hat der russischen Regierung ein Telegramm übermittelt, in dem er verlangt, daß die Anstellung und Entlassung der katholischen Geistlichen nur von Rom aus zu geschehen habe. Sobald die russische Regierung diese Forderung erfüllt, würden die Geistlichen in Rußland die Autonomie erhalten.

Schweden.

Die Kabinettskrise noch ungelöst. Stockholm, 13. Febr. Das „Svenska Telegrammbureau“ ist ermächtigt, folgendes mitzuteilen: Der Gouverneur Freiherr de Geer erklärte dem König, er habe, nachdem er die Lage geprüft habe, gefunden, daß die Voraussetzungen, die er für die Bildung eines neuen liberalen Ministeriums für notwendig erachtet, nicht vorhanden seien. Der König ließ unmittelbar darauf den Gouverneur Hammarström rufen und bat ihn an, das neue Ministerium zu bilden. Hammarström riet mit Rücksicht auf die Lage, die durch die Weigerung der Linken des Reichstags, an der Bildung des Ministeriums mitzuwirken, entstanden sei, dem König, sich an die Rechte des Reichstags wegen der Bildung des Ministeriums zu wenden. Der König ersuchte jedoch den Gouverneur Hammarström, die Frage neuerlich zu erwägen.

Balkanstaaten.

Die Note der Großmächte. Athen, 13. Febr. Die Gesandten der Großmächte überreichten heute der griechischen Regierung die Kollektionsnote, betreffend die ägäischen Inseln und die Grenzen Südbanien. In der Note heißt es, die sechs Großmächte beschließen, Griechenland die von ihm besetzten Inseln mit Ausnahme von Zenedos, Imbros und Castellorico zu überlassen. Von der griechischen Regierung werden genügend Garantien für die Nichtverwendung der Inseln zu Flotten- und militärischen Zwecken sowie für die muslimanischen Minoritäten verlangt. Die Zurückgewinnung der Inseln an Griechenland wird erst dann endgültig sein, wenn die griechischen Truppen das Albanien zugewiesene Gebiet geräumt haben werden. Die griechische Regierung wird aufgefordert, weder direkt noch indirekt den Widerstand der Epitoten zu ermutigen. Die Räumung wird in Korfu beginnen und bis zum 31. März beendet sein müssen. Die Mächte hegen das Vertrauen, daß ihre Beschlüsse von der griechischen Regierung respektiert werden.

Asien.

Ein Erfolg der Standard Oil Company. New York, 14. Febr. Offiziell wird bestätigt, daß zwischen der Standard Oil Company und der chinesischen Regierung ein Vertrag von weitreichender Bedeutung zum Abschluß gekommen ist. Die Gesellschaft verzweifelt die Mitteilung weiterer Einzelheiten. Wie verlautet, tragen die Konzeptionen einen monopolartigen Charakter.

Nordamerika.

Wilson erkrankt. Washington, 14. Febr. Die Erkrankung des Präsidenten Wilson ist schwerer, als man zuerst angenommen hatte. Es hat sich eine leichte Erkrankung von Diphtherie herausgestellt. Die Augen sind nicht angegriffen. Auch ist die Temperatur des Patienten nicht besonders hoch. Voraussichtlich wird Wilson noch mehrere Tage das Bett hüten müssen.

Luftfahrt.

Die Trauerfeier für den verunglückten Flieger Degner. Johannisthal, 13. Febr. Die Trauerfeier für den kürzlich verunglückten Flieger Degner fand heute nachmittag um 3 Uhr auf dem Flugplatz Johannisthal statt. Die Leiche des Verunglückten war unter zahlreichen Kränzen und Blumensträußen vor dem Klubhaus des Kaiserlichen Aeroklubs aufgebahrt. Der Vater des Verstorbenen und zahlreiche Verwandte sowie eine große Anzahl Flieger, Flugpiloten und Militärflieger wohnten der Feier bei. Ein Geistlicher hielt eine längere Ansprache, dann wurde die Leiche nach dem Bahnhof verbracht, von wo sie nach dem Geburtsort des Verunglückten, Greifswald, übergeführt wird. Während der Feier war der Sportflieger Meitner auf einer Strich-Lande, die mit einer schwarzen Fahne geschmückt war, aufgestiegen und gab dem Trauerzug bis zum Bahnhof das Geleit.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Städtische Grund- und Bebauungspolitik.

Die gestrige Monatsversammlung des „Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei“ erregte sich eines so zahlreichen Besuchs, daß der Vereinsaal der „Turngesellschaft“ bis auf den letzten Platz besetzt war. Mit Recht deutete der Versammlungsleiter, Rektor B. Breidenstein, dieses lebhaftes Interesse als eine Kundgebung, daß man in kontinentalen Fragen eine liberale Politik treiben wolle, die nicht irgend einer Berufs- oder Standesschicht Vorteile bringt, sondern die allen Kreisen unserer Bürgergesellschaft gerecht wird, zum Segen unserer Stadt. Um die Kommunalpolitik mit entschieden liberalen Ideen zu durchdringen und damit die Schaffung eines klaren, durchführbaren Programms für fortgeschrittene Kommunalpolitik zu fördern, hat deshalb die hiesige Fortschrittliche Volkspartei die Behandlung wichtiger kommunaler Fragen für ihre nächsten Monatsversammlungen auf die Tagesordnung gesetzt. Den Auftakt in dieser Vortragsreihe gab der Vortrag des Stadtrats Ralkbrenner, der das obenstehende Thema in recht fortgeschrittenem Geist großzügig behandelte. Die Reichhaltigkeit des Stoffes macht eine Teilung des Themas nötig, und so mußte die Behandlung der städtischen Bebauungs- und Wohnungspolitik für die nächste Versammlung zurückgestellt werden. Einleitend sagte Stadtrat Ralkbrenner mit den Bodenreformern gesein, deren Arbeit für eine vernünftige Wohnungsreform er voll anerkannte. Wenn zwischen dem Hausbesitzerstand und den Bodenreformern immer noch Gegenstände bestehen, so sei das eine Folge der Kampfesweise der Bodenreformer in früheren Jahren. Dazu komme, daß die Bodenreformer die Frage der Grundrenten allein vom sozialpolitischen Standpunkt aus behandelten und unberücksichtigt ließen, daß die infolge der stetig wachsenden Aufgaben andauernde Geldknappheit der Städte die Ursache nicht nur einer Ver-, sondern einer Überlastung des Grundbesitzes sei. Für die städtische Bodenpolitik, die unter den Gesichtspunkten des Besitzes, des Erwerbs und der Verteilung städtischer Liegenschaften erörtert wird, entsteht zunächst die Frage: Wozu sollen die Städte Grund und Boden erwerben? Da drängt sich eine dicke Schaar von Abnehmern städtischen Grundbesitzes heran: industrielle Werke der Stadt, Schulbauten, Krankenhäuser, Städtische Häuser, Säuglingsheime, Waldholungsstätten, Arbeiterhäuser, Feuerwehrt, Spielplätze, Vergnügungsfestabteilungen, sogar — Kneip- und Flugplätze. Viele dieser Werke braucht die Stadt jährlich; beim Ankauf kommt die Stadt oft mit dem Fiskus in geschäftliche Verbindung, aber man kann nicht behaupten, daß dieser ein besonderes Entgegenkommen für die Städte auf Grund eines lebhaft entwickelten sozialen Gefühls bis dahin gezeigt habe. Bedeutungslos ist die Frage: Wann und wo soll die Stadt Boden kaufen? Auf keinen Fall darf die Stadt warten, bis das Grundstück Baugrundstück hat, sondern schon früher, also weitläufige Bodenpolitik. Da soll die Stadt kaufen, wo sie durch ein nachträgliches Umgebeverfahren imstande ist, bauliches Gelände zu erstellen. Dabei muß es aber oberster Grundsatz bleiben, daß die Stadt niemals Boden Spekulation treiben darf; bei niedrigerer Konjunktur der Bodenpreise soll die Stadt im eigenen Interesse Boden ankaufen, und bei Zeiten durch Anlage eines Grundstücksfonds die Möglichkeit eines großzügigen Bodenverkehrs schaffen. Ganz wertvoll ist es, zum Zweck des Bodenverkehrs Anleihen aufzunehmen; diese Zinsaufbringung bedeutet eine schwere finanzielle Last. Beim Verkauf muß die Stadt die Höhe des Bodenpreises in das richtige Verhältnis zu der möglichen Rendite bringen. Deshalb kann es nicht unter allen Umständen als Grundsatz kommunaler Finanzpolitik gelten, wenn in jedem Fall der denkbar höchste Preis für den Stadtfund herausgefunden wird. Die private Bautätigkeit, den Wagemut des gefundenen Unternehmertums zu beleben, ist ebenso Aufgabe der Stadt, wie die Errichtung einer städtischen Bauverwaltungsstelle zur Erleichterung der Niederlassung. Von einschneidender Bedeutung für viele Fragen aber ist es, ob eine städtische oder bürgerliche Baupolizei Baubestimmungen ausarbeitet und überwacht, ob ein gründlich durchgearbeiteter städtischer Fluchtlinienplan vorliegt oder ob man mehr oder weniger dem Zufall oder den Augenblicksbedürfnissen die Linienführung überläßt. Alle diese Dinge aber gehen nicht allein den Haus- und Grundbesitzer an, sondern auch den Mieter, denn beide sind in diesen Fragen ebenso solidarisch, wie auf dem wirtschaftlichen Gebiet Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Darum Zusammenfluß aller zum Schutz des gefährdeten Privatbesitzes; freier Wettbewerb, keine Paragrafen vom grünen Tisch, Vertrauen zur Intelligenz und Leistungsfähigkeit der Bürger, dann erfolgt die Lösung dieser Frage in einer Weise, welche die Gesundheit unserer städtischen Bevölkerung sichert und fördert zum Heil des Vaterlandes. — Lebhafter Beifall folgte den anregenden Ausführungen, die zu einer fruchtbringenden, in angemessenem Ton geführten Diskussion Anlaß gaben. Die Herren Kiedel und Hildebrandt stellten in sehr maßvoller Weise die Forderungen der Bodenreformer dar, verkannten in keiner Weise die Schwierigkeiten ihres Programms, untertraten aber auch in dankenswerter Weise die Feststellung, daß die Bodenreformer keine Gegner des Hausbesitzers, sondern nur der wüsten Bodenpekulation seien. Es unterstützte Herr Meher-Kablin, Landmesser Schmidt wies als Sachmann auf die Wichtigkeit des Umgebeverfahrens zur Herstellung baulichen Geländes für kleine Landhäuser hin und äußerte sich damit ganz nach Sinn und Wunsch

Sarkmanns. Stadtverordneter Hartmann gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die anwesenden Bodenreformer so maßvoll ihren Standpunkt vertreten haben, und hofft, daß die Erfahrung die gesunden Gedanken der Bodenreformer allmählich heraushebt aus so manchen irrigen Anschauungen, wie z. B. über Wertzuwachs. Stadtverordneter Schildner wendet sich gegen die Bezeichnung Mietskäufer für unsere Stiegenhäuser und weist nach, daß die Steigerung der Mietpreise eine Folge der gesteigerten Ansprüche der Mieter ist. In ähnlichem Sinne spricht Stadtverordneter Sanjohu, der auf die Schwierigkeiten hinweist, die dem Besitzer des Einfamilienhauses in den Vororten einer Großstadt besetzt sind. Einen großen Teil der Schuld an unseren mangelhaften Verhältnissen auf dem Immobilienmarkt tragen die Großbanken. 11 Uhr war schon lang vorüber, als ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen wurde. Mit Befriedigung konnte Stadtrat Ralkbrenner im Schlußwort feststellen, daß alle Redner mit Sachlichkeit und Verständnis für diese schwierige Materie daran mitgearbeitet hätten, diese Fragen zu klären, und daß sich allenthalben ein Weg zur Verständigung gezeigt hätte. Mit dem Hinweis auf den nächsten Vortrag über städtische Bebauungs- und Wohnungspolitik und dem nochmaligen Dank an den Referenten schloß Rektor Breidenstein die interessante Versammlung, an der auch Vertreter anderer Parteien sowie der städtischen Behörde teilnahmen.

— **Wirklicher Geheimer Rat v. Magdeburg,** von dessen Rüdrittsabsichten wir gestern bereits berichteten, wird in diesem Oktober sein 70. Lebensjahr vollenden. Er steht seit 1866, wo er Referendar wurde, im Staatsdienst und hat eine an Abwechslungen außerordentlich reiche Laufbahn hinter sich. Während des französischen Feldzugs fand er, vorher in der allgemeinen Staatsverwaltung Preußens beschäftigt, Verwendung als Unterpräfekt in Châteauneuf-Thierry, blieb dann bis 1873, zuletzt als Kreisdirektor in Metz, in reichsständischen Diensten, kehrte aber 1875 als Landrat des Kreises Sontheim wieder nach Preußen zurück. 1879 wurde er Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern, in welcher Eigenschaft er zeitweise Protokollführer im Bundesrat war, und rückte 1881 zum Vortragenden Rat auf. 1884 wurde er Regierungs-Präsident in Rastatt und erhielt 1886 dortselbst den Posten als Regierungspräsident. Noch im gleichen Jahre wurde er als Unterstaatssekretär in das Handelsministerium berufen, wo er sechs Jahre blieb, um dann Oberpräsident der Provinz Nassau zu werden. Im Dezember 1898 wurde er als Nachfolger v. Wolffs Präsident der preussischen Oberrechnungskammer und des deutschen Rechnungshofs. Am 1. Mai 1904 wurde er geedelt. Nach fast 48jähriger Dienztzeit gelangt jetzt der hochangesehene und verdienstvolle Beamte in den Ruhestand.

— **Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime.** Der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime gingen in der letzten Zeit wieder Jahresbeiträge und Stiftungen in sehr großer Zahl zu. Es listeten u. a.: A.-G. für Buntpapier- und Leinwandfabrikation (Wiesbaden) 5000 M., G. Hedmann, A.-G. (Duisburg) 5000 M., A. Gorch u. Co. (Zürich) 5000 M., Anoll u. Co. (Ludwigshafen) 5000 M., A. Bierck (Cottbus) 5000 M., Badländische Maschinenfabrik, A.-G. (Klaun) 5000 M., Vereinsbank Zwickau 5000 M., Robert Wulff (Düsseldorf) 5000 M.

— **Die vermissten Aschenurnen.** Wie infolge der Notiz „Wo sind die Urnen“ in der gestrigen Abend-Ausgabe der städtischen Leichenkommission Herr Stoll mitteilt, sind die Aschenurnen der Frau Demmin von ihm von Götta herbeigekommen und eigenhändig dem Gatten derselben ausgehändigt worden. Herr Stoll vermutet, daß die Urne an einer anderen Stelle als der angenommenen im Garten des „Demminhofs“ begraben sind. Von den Aschenresten des Herrn Demmin ist ihm nichts bekannt.

— **Kirchliche Sammlungen.** Für das Diakonissen-Krankenhaus Paulinenstift gingen am 23. November d. J. in den Kirchen des Regierungsbezirks Wiesbaden 3108 M., 42 Pf., ein, wovon 556 M. 18 Pf. auf Wiesbaden-Stadt und 153 M. 91 Pf. auf Wiesbaden-Land entfielen. Von den am 7. Dezember d. J. bei einer Kirchensammlung in unserem Regierungsbezirk für das evangelische Waisenhaus Elisabethenstift in Kassel eingenommenen 1100 M. 58 Pf. entfielen auf die Stadt Wiesbaden 168 M. 9 Pf. und auf den Landkreis Wiesbaden 30 M. 79 Pf. Der Ertrag einer am letzten Weihnachtsfest veranstalteten kirchlichen Sammlung zum Besten der Diakonissenanstalt Scheueren betrug 3854 M. 45 Pf., wovon auf Wiesbaden-Stadt 388 M. 66 Pf. und auf Wiesbaden-Land 241 M. 69 Pf. entfielen.

— **Versteigerung eines städtischen Bauplatzes.** Bei Gelegenheit einer am Freitag stattgehabten öffentlichen Versteigerung wurde ein Bauplatz an der Ecke der Hedwig- und Nordstraße zum Preis von 575 M. für die Rute oder für insgesamt 21 000 M. an den Gärtnereibesitzer Paul Weber verkauft. Der Bezirksausschuß hat noch keine Genehmigung zu dem Verkauf zu geben.

— **Ein raffiniertes Gaunerstück** trug sich in dem Hause Karlstraße 37 zu. Dort erschien gestern Abend ein Unbekannter mit einem Koffer und mietete sich gegen Zahlung von 5 M. bei einer Frau ein, und zwar in einem Zimmer, in dem schon ein Eisenbahnbeamter wohnte. Als man schlafen gehen wollte, holte der Unbekannte ein Tablett herbei, das ein sehr gutes Schlafmittel enthielt. Der Eisenbahnbeamte und die Logiswirtin nahmen das Mittel zu sich und fielen alsbald in einen tiefen Schlaf, aus dem sie erst zu später Stunde wieder aufwachten. Inzwischen hatte der Unbekannte sich entfernt und alle erreichbaren Werkzeuge, Geld, Uhr, Schmuck, Kleider und dergleichen, mitgenommen. Von dem Opfer haben sich bis jetzt keine Spur.

— **Preussische Klassenlotterie.** In der heutigen Verlosung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fielen 60 000 M. auf die Nr. 182 273; 40 000 M. auf die Nr. 155 237; 10 000 M. auf die Nr. 73 486. (Ohne Gewähr.)

— **Fahrraddiebstähle.** Als gestohlen kamen polizeilich zur Anmeldung ein Fahrrad „Victoria“ Nr. 300 254 und ein Fahrrad ohne Markenbezeichnung mit der Nummer 71 135 und dem Firmenschild Jakob Weber, Nordstraße.

— **Personal-Nachrichten.** Referendar Dr. jur. Adolph von hier ist zum Gerichtssekretär ernannt.

— **Tagblatt-Sammlungen.** Dem Tagblatt-Verlag gingen zu für die Armen-Ausgaben und für die vom Hochwasser Geschädigten an der Elbe von G. H. 1 M.

— **Kleine Notizen.** Die Ehrenurkunde für Herrn Kaufmann Heinrich Wald, den langjährigen Kassierer des Verschönerungsvereins, ist in der Blumenabteilung von A. Weber u. Co. Wilhelmstraße 4. öffentlich ausgestellt. — Die Gartenzeitschrift „Der Gartenfreund“ des H. G. ist eine hochinteressante, und es ist daher geraten, mit solchen sich selbst zu

verfehen. — Im Reichshallen-Theater treten ab morgen Sonntag die beliebten Leipziger Sänger mit neuem Repertoire auf. U. a. bringen sie die Schläger-Burlesken „Zimmer Nr. 13“ und „Im Witwenverein“.

Spielplan der Wiesbadener Theater.

Don. 13. Februar bis 22. Februar.	Königl. Schauspiel.	Reichsh. Theater.	Reichsh. Theater.
Samstag	2 1/2 Uhr: (Schauspiel.) Bei aufgeh. Mond. Im grünen Wald. 7 Uhr: Ab. D. Rudine.	10 1/2 Uhr: (Schauspiel.) Zeremonie. 7 Uhr: 4. Kammerjüngling. Wandergeselle.	Gesellschaft.
Montag	Ab. D. Oggs und sein Ring. (Kleine Preise.)	6. Hofversteigerung. Bei aufgeh. Mond. Zeremonie.	Gesellschaft.
Dienstag	Ab. A. Wagnon.	Hochzeit.	Dr. S. Krüger Schauspiel.
Mittwoch	Ab. B. Oggs.	4. Kammerjüngling. Wandergeselle.	Gesellschaft.
Donnerstag	Ab. D. Rudine.	Gesellschaft.	Gesellschaft.
Freitag	Ab. C. Zum 1. Male Der verurteilte Mann. Kammerjüngling. Hierauf: Der Diner 2. Szene.	Monna Vanna.	Gesellschaft.
Sonntag	Bei aufgeh. Mond. Rudine.	Gesellschaft.	Gesellschaft.
Sonntag	Ab. A. Garmen.	—	—

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Kunsttheater. (Dr. S. Krüger's Ensemble.) Die auf Sonntag angekündigte Nachmittagsvorstellung fällt aus; ebenso ist das Theater ebenfalls geschlossen. Am Montag findet das vorletzte, am Dienstag das letzte Gastspiel des Ensembles statt. Das Repertoire weist „Die angenehme Hochzeitsnacht“, „Zeremonie“, „Wagnon“ und verschiedene Einlagen auf.

Kunstsalon Altkunst. Die Ausstellung der holländischen Künstlervereinigung „Sanct Lucas“ wird Sonntag 1 Uhr geschlossen. Wegen der Neuauflagen bleiben die hinteren drei Säle für einige Tage geschlossen. Zum Sonntag, den 22. d. M., werden die Gedächtnisfeierlichkeiten für A. B. Diefenbach, den kürzlich auf Capri verstorbenen Maler, sowie zwei Sammlungen von Dr. Rudolf Götner und Paul Dahlen eröffnet.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Aus der Sonnenberger Gemeindevertretung.

Sonnenberg, 13. Febr. Die gestrige Sitzung der Gemeindevertretung war von 15 Mitgliedern besucht. Zur Tagesordnung standen Gesuche um Bewilligungen von Zulagen, welche dem Finanzausschuß zur Prüfung überwiesen wurden. Das von der Versammlung seinerzeit angeregte zweimalige Binden der Holzweilen hat sich, nach einem Schreiben der Königl. Oberförsterei, nicht bewährt. Da jedoch die Versammlung sich diesem Gutachten nicht anschließt, soll durch persönliche Rücksprache des Antragstellers erneut das zweimalige Binden erörtert werden. Die Pflasterung der Wiesbadener Straße, welche nicht nur von allen Anliegern, sondern auch von allen denen, welche die Straße passieren müssen, gewünscht wird, hat jetzt durch die vorliegenden Kostenschätzungen die notwendigen Unterlagen zur Veranlassung ergeben. Es sind verschiedene Arten vorgelegt, und zwar teils Gropfpflaster, teils Kleinpflaster. Die von verschiedenen Stellen ausgearbeiteten Kostenschätzungen weisen Zahlen von 70 000 bis 115 000 M. auf. Da jedoch auch gleichzeitig der Einbau des neuen Straßenbahngeleises als notwendig erachtet wird, sollen nach dieser Richtung hin weitere Erhebungen angestellt werden. Es bedarf wohl keiner besonderen Ausführung, daß die Bahnstrecke Kurhaus-Sonnenberg einer Verkehrsverbesserung dringend bedarf, um das häufige Warten an den Kreuzungspunkten auf ein Windemahl einzuschränken. Von der Genehmigung zur Errichtung einer Schulddeputation wird Kenntnis genommen und die Zahl der Mitglieder aus den einzelnen, durch das Gesetz bestimmten Kategorien auf je drei bestimmt. Die Wahl der der Gemeindevertretung vorbehaltenen Mitglieder soll demnächst stattfinden. Die Abänderung des Fluchtlinienplans für den Distrikt „Ober der Dielenmühle“ in der Fortsetzung der Amelsbergstraße ist durch einen Einspruch der Stadt Wiesbaden bislang nicht zur Ausführung gekommen, obgleich das Verfahren seit etwa zwei Jahren schwebt. Die Stadt Wiesbaden hatte einige Zugeständnisse zu der Kostenfrage bewilligt, aber die Verbreiterung des in dem verlängerten Ostzug liegenden ganzen Straßenzugs, so weit er in Sonnenberger Gemarkung verläuft (eine Strecke von über 1000 Meter), gefordert. Die durch die Verbreiterung der Gemeinde Sonnenberg entstehenden Mehrkosten werden schätzungsweise auf über 50 000 M. angenommen, denen gegenüber die geringen Zugeständnisse von Wiesbaden fast nicht in die Erscheinung treten. Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Wiesbaden ein Verlangen stellt, welches weit über das zurzeit schwebende Fluchtlinienverfahren hinausgreift und Gebiete einfließt, deren Fluchtlinien seit langen Jahren rechtskräftig festliegen, lehnt die Versammlung, dem Antrag des Referenten entsprechend, nicht nur das weitergehende Verlangen ab, sondern sie zieht auch ihre Zustimmung zur Verbreiterung einer Strecke von 120 Meter zurück, weil die damaligen Verhandlungen nicht erkennen lassen, daß eine so große Strecke zu verbreitern verlangt wurde. Es solle nunmehr die Entscheidung des nach dem Fluchtliniengesetz zuständigen Kreisaußschusses herbeigeführt werden. Die durch einen Erlaß des Herrn Unterrichtsministers angeordnete Regelung der Krankenversicherungspflicht der an öffentlichen Volksschulen beschäftigten Lehrpersonen mit weniger als 2500 M. Dienstentlohnung fand ihre Erledigung dahin, daß den Lehrpersonen die durch das Gesetz vorgeschriebenen Regelleistungen der Krankenkasse gewährt werden sollen. Von dem Stand der Einnahmen und Ausgaben im laufenden Rechnungsjahr wird Kenntnis genommen. — Die vierte Holzperforierung findet am Montag, den 16. Februar, nachmittags 2 Uhr, statt. Treffpunkt: An der Hubertushütte.

14. Febr. Ein bedauerlicher Unfall ließ den Schmied Heinrich Lind von hier zu. Beim Holzfahren wollte er auf der steilen Waldhaussack die Gänge ausfahren, stieß dabei aber aus, geriet unter den Wagen und zog sich dabei eine Rippenverletzung zu. Der Unfall ist um so bedauerlicher, als die Familie kurz hinterher von schweren Schicksalsschlägen heimgesucht wurde. — Der vierte und letzte dieswintliche Vortrag unserer Ortsgruppe des Kreis-Lesevereins Wiesbaden fand gestern Abend im Vereinslokal statt. Referent war Ortsfarrer Petry, der das Thema: „Wismar als Charakter“ behandelte. Weitere interessante Gegenstände waren

zwar noch vorgesehen zur Besprechung, man mußte aber in Anbetracht der in Kürze beginnenden Feldarbeit davon Abstand nehmen.

Nassauische Nachrichten.

m. Weidenheim, 13. Febr. Die in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung erfolgte Rechnungsablage für das Jahr 1913 gab ein Bild von den gesunden finanziellen Verhältnissen der Stadt. Die Rechnungen schlossen mit einem Überschuß von 35 740 M. 4 Pf. gegenüber dem Voranschlag ab. Die Gesamteinnahmen stellten sich auf 599 410 M. 11 Pf., die Gesamtausgaben auf 563 670 M. 7 Pf. Allein 25 000 M. sind an Steuern mehr eingenommen worden. — In die städtische Schulddeputation wurde Herr Buchholz mit 6 Stimmen gewählt. Herr G. Höhl erhielt 5 Stimmen.

S. Seliger, 13. Febr. Das Ganturnfest des Zahn-Dillgaus wird in diesem Jahre hier abgehalten, und zwar vom 11. bis 13. Juni.

Aus der Umgebung.

w. Arnsbach, 13. Febr. Der Rhein führt infolge des Eisgangs Hochwasser; große Weiden sind überflutet. Auch die Rabe führt bei Bingen Hochwasser, ihr Wasserspiegel ist um 1 1/2 Meter gestiegen.

S. Siegen, 13. Febr. Aus dem hiesigen Gefängnis entflohen ist der Gefangene Wender, der zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, weil er einen Polizeiergeanten durch Messerschläge verletzt hatte. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den Verbrecher einzufangen.

Gerichtssaal.

— „Seiden“ in Uniform. Aus Mainz wird berichtet: Am 9. August 1913 war eine 18jährige Kontoristin durch die Bahnunterführung an der Goethestraße nach ihrer Wohnung in der Rombacher Straße gegangen. Es war gegen 10 Uhr abends. Durch die Unterführung gingen zu gleicher Zeit eine Anzahl Dragoner vom 6. Dragoner-Regiment. Der Gefreite Stiehling griff plötzlich von der Seite das vorübergehende Fräulein in ungehöriger Weise an, worauf dieses ihm ihre Handtasche ins Gesicht schlug. Als der Gefreite seinen Kameraden von dem Schlag Kenntnis gab, forderte einer ihn auf, sich dies nicht gefallen zu lassen, worauf Stiehling dem Mädchen das Gesicht mit der flachen Hand schlug, worauf dieses sich auf den Boden legte. Der Gefreite verfolgte das Mädchen, das sich auf den Boden legte, verfolgte von Stiehling, der ihm dann noch mehrere Schläge über den Kopf versetzte und das Mädchen schwer beleidigte und drohte, ihm den Leib aufzuspalten. Das flüchtende Mädchen wurde auch noch von dem Dragoner Adamisch verfolgt und an der Blase gepackt. Inzwischen kam das Mädchen an die elterliche Wohnung und rief um Hilfe. Der Bruder, ein Fuhrunternehmer, hörte die Hilferufe seiner Schwester, kam auf die Straße und schlug mit einem Prügel auf zwei Dragoner, die blank gezogen hatten. Dann flüchtete er wieder in den Hof, während mehrere Dragoner, die aber nicht ermittelt werden konnten, durch das Tor mit ihren Säbeln nach ihm. Stiehling und Adamisch, die inzwischen zur Kaserne abgegangen, hatten sich am Kriegsgericht zu verantworten. Stiehling wurde zu 2 Monaten 3 Tagen Gefängnis, Adamisch zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. „Merkwürdig ist an der Sache nur, daß so lange Zeit vergehen mußte, ehe die rote Tat vor Gericht kam“, heißt es in dem uns vorliegenden Bericht. Wir finden, daß auch die Strafe, die das Kriegsgericht über die Missetäter verhängt hat, merkwürdig milde und gar nicht der sonstigen Praxis der Militärgerichte entsprechend ausgefallen ist.

6. Herausforderung zum Zweikampf. Mainz, 14. Febr. Vor der zweiten Strafkammer in Mainz hatte sich heute der Landtagsabgeordnete Reichsadvokat Dr. Winkler (Oppenheim) wegen Herausforderung zum Zweikampf gegen den freisinnigen Landtagsabgeordneten Justizrat Dr. Grünwald (Gießen) zu verantworten. Die Strafkammer verurteilte Dr. Winkler, der sich selbst zur Anzeige gebracht hatte, zu 14 Tagen Gefängnis.

M. dürfen Südwine importiert werden? Frankfurt a. M., 13. Febr. Die Strafkammer entschied heute, daß Südwine, und damit Südwine überhaupt, nicht als verfallsfähige Weine anzusehen seien, wenigstens der Gärungsprozeß durch Spritzguss unterbunden werde. Da dieses Verfahren schon vor Inkrafttreten des Weingesetzes bei der Herstellung üblich war, so habe das Weingesetz den damals im Gang befindlichen Import nicht berührt, und die Desinfektion sei deshalb nicht zu beanstanden. Somit kann nach wie vor der Import von Südwine stattfinden.

wh. Ein Deutscher in Paris zum Tod verurteilt. Paris, 14. Febr. Das Schwurgericht in Besoul verurteilte gestern den Deutschen Grifeller zum Tod. Er war von seiner Arbeitgeberin entlassen worden und rächte sich dafür. Am 4. November v. J. drang er in ihrer Abwesenheit in ihre Wohnung ein und ermordete mit einem Schlägermesser ihre 19jährige Tochter. Diese war an der Entlassung des Grifeller völlig schuldlos.

Neues aus aller Welt.

Die Hochwassergefahr im Memeldelta. Remei, 13. Febr. Das Memeler „Dampfschiff“ meldet: Den auf dem Skwidomke arbeitenden Dampfern ist es gelungen, die Memel mündung freizumachen und bis Raus voranzubringen, so daß der Strom nunmehr von Raus bis zur Mündung eisfrei ist. Der Wasserstand sinkt. Auf der Weite des Kurischen Hafens drängen sich infolge des Abwindes große Eismassen in die Riddener Bucht. Mehrere Regierungsschiffe sind in Gefahrung gekommen. Sie werden sich morgen auf das Golf hinausgeben.

Verhaftung eines Eisenbahnentführers. Landsberg a. d. Warthe, 13. Febr. Als der Urheber mehrerer Anschläge auf den D-Zug der Ostbahnstrecke wurde der Tischler Waidisch aus Stolzenberg im Kreise Seelow ermittelt. Er hat auch den Anschlag auf den D-Zug bei Reugarten auf der Strecke Berlin-Stendal verübt.

Mitglieder Verbrechen. Berlin, 14. Febr. Gestern nachmittags 6 Uhr wurde in dem Saale Rammstraße 23 der 31 Jahre alte Schneider Nidor Rose mit drei Knägen im Kopfe tot aufgefunden. Man fand ihn an der Tür des Fremdenzimmers erhängt vor. Da die Umstände auf Mord hindeuteten, so wurde die Mordkommission der Kriminalpolizei herbeigerufen. Denn es gibt als ausgeschlossen, daß der Ermordete seinen eigenen Schicksal überlassen hätte. Man muß annehmen, daß eine dritte Person die Tat begangen hat, die dann ihre Opfer an die Türhänge knüpfte. Es liegt auch kein Grund zum Selbstmord vor. Bis jetzt sind keinerlei Anzeichen gefunden worden, aus denen man auf die Person des Täters schließen könnte. — Paris, 14. Febr. Ein faweres Verbrechen

ist in Berlin verübt worden. Dort fand man den Berliner Fabrikanten Reon und seine Frau in ihrer Villa ermordet auf. Die beiden Leichen waren von mehreren Revolverkugeln durchbohrt, alle Türen der Villa erschossen. Neben den Leichen fand man einen Revolver liegen. In der Wohnung selbst war nichts in Unordnung, so daß angenommen wird, daß hier ein mysteriöser Mordakt vorliegt.

Die Bodenerkrankung in der Reichshauptstadt. Berlin, 14. Febr. Gestern nachmittags erkrankte der Maurer Oswald Drechsler in der Sonnenbergstraße 8 in seiner Familienwohnung unter podenberdächtigen Erscheinungen. Drechsler hatte mit dem in das Wichow-Krankenhaus eingelieferten Arbeiter Kossale in Raus zusammen gearbeitet und ist mit ihm auch gemeinsam nach Berlin zurückgekehrt. Der Verdächtige wurde in den Hohenhofen in Stötenberg interniert. Auch die Familie des Erkrankten wurde einweilen isoliert.

Gemischte in Bittau. Jittau, 14. Febr. Am hiesigen Garnisonlazarett ist gestern ein Soldat des 102. Infanterieregiments gestorben. Der Infanterist war vor drei Tagen wegen Brustschmerzen ins Garnisonlazarett aufgenommen worden. Weitere Fälle von Gemischte sind hier nicht ermittelt worden.

Bedauerliche Folgen der Unterschlagung eines Postassistenten. Mannheim, 14. Febr. Gestern früh wurde der Oberpostassistent Osterburg vom hiesigen Hauptpostamt wegen Verletzung des Briefgeheimnisses verhaftet. Aus Gram über die Tat des Mannes erhängte sich seine junge Frau. Sie hinterläßt zwei Kinder.

Ein gräßlicher Unglücksfall in der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte. Duisburg, 13. Febr. In den Walzwerken der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinfelden geriet heute morgen der mit Reparaturen beschäftigte Schlosser Oskar Seidmann in eine Spindel und wurde mehrere Male herumgeschleudert. Als man die Maschine stilllegte, fand man den Verunglückten tot vor. Kopf, Arme und Beine waren vollständig vom Rumpf getrennt worden.

Ein Schiffunglück im Kaiser-Wilhelm-Kanal. Kiel, 13. Febr. Im Kaiser-Wilhelm-Kanal stieß heute der Dampfer „Rohrer“ der Reptun-Gesellschaft in Bremen mit dem Dampfer „Gildgord Burg“ aus Dithmarschen zusammen. Der letztere Dampfer wurde beschädigt und sank später. Zwei Mann des gesunkenen Dampfers sind ertrunken.

Für 50 000 Kronen Sachschaden vernichtet. Bregenz, 14. Febr. In Feldkirch wurden 1500 Kilogramm Sachschaden im Werte von über 50 000 Kronen amtlich vernichtet. Dieser war Schmutzwaren abgenommen worden.

Vernichtung von Seehäusern mit Hilfe drahtloser Telegraphie. Florenz, 14. Febr. Der Ingenieur Ulivi hat gestern der italienischen Admiralität Versuche vorgeführt. Pulvermengen mit Hilfe von drahtloser Telegraphie zur Entzündung zu bringen. Auf ein gegebenes Zeichen hin schloß Ulivi in einem Turm des Palastes Calpurni seine Apparate in Tätigkeit, worauf vier Torpedos, die der Admiral Norniani in den Arno hatte versenken lassen, innerhalb 40 Sekunden zur Explosion gebracht wurden. Zwei Torpedos enthielten weisses, die beiden anderen schwarzes Pulver.

Ein regelmäßiger Luftpostdienst in Rußland. Petersburg, 14. Febr. Die Postverwaltung will im Frühjahr einen regelmäßigen Luftpostdienst eröffnen. Als weitester Punkt ist die Stadt Kamgorod ausersehen.

Der König Miodor verhaftet. Petersburg, 13. Febr. Der bekannte König Miodor wurde wegen Abfalls von der orthodoxen Kirche verhaftet und nach einem Gefängnis im Don-Gebiet abgeführt.

Die furchtbare Kälte in Amerika. New York, 14. Febr. Die furchtbare Kälte, die seit mehreren Tagen herrscht, wurde auch gestern weiter gemildert. Ein Heer von Arbeitern und Beobachtern hofft, den von der Wetterwarte angekündigten Schneesturm der Arbeit bringen wird. Bis jetzt sind in der Stadt 20 Menschen erkrankt. In der Kälte herrscht ein furchtbarer Sturm. Die Schiffe sind gesammelt, im Hafen zu bleiben. Weiter wird eine ganze Reihe von schweren Unfällen gemeldet. In Kingston bei New York verunglückte ein Schiffe, das Eisenbahnwaagen auf den Frachten transportierte. 50 schwer verletzt.

Erstlicher Sturm auf dem Ozean. New York, 14. Febr. Auf dem Atlantischen Ozean herrscht seit einigen Tagen ein heftiger Sturm. Ein unbekannter Dampfer ist in der Nähe von Princeton gescheitert und konnte bisher von Rettungs-schiffen nicht erreicht werden.

Neue Erdbeben in Kanada. New York, 13. Febr. Die Erdbebenbewegung im Osten Amerikas ist noch nicht zur Ruhe gekommen. Sowohl in Kanada wie in den Nordoststaaten der Union machten sich gestern noch heftige Erdbeben bemerkbar.

Letzte Drahtberichte.

Aus dem Reichstag.

S. Berlin, 14. Febr. (Fig. Drahtbericht) Bei der fortgesetzten Staatsberatung kam man heute auf die Typhus-erkrankungen im Ruhrgebiet zu sprechen. Ministerialdirektor v. Jonquières bestritt gegenüber den sozialdemokratischen Vorwürfen entschieden, daß die Verunreinigung des Wassers im Industriegebiet nicht energig genug verhindert werde. Dann folgte eine große und sehr lebhaft Debatte über den von der Kommission bekanntlich abgelehnten Reichszuschuß für die olympischen Spiele ein. Der sozialdemokratische Abgeordnete Rühle bekämpfte die nationalliberalen, fortschrittlichen und konservativen Anträge auf Wiederherstellung des Zuschusses und kritisierte scharf die Zurücksetzung der sozialdemokratischen Turnvereine. Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Müller-Reinigen wandte sich dann gegen die Ungeheuerlichkeit des Reichsausschusses für die olympischen Spiele, dessen Vorsitzender Staatsminister Bobbielski am Vorabend der heutigen Beratung den Reichstag mit „Peter Schlemihl“ verglichen hatte, der vor seinem eigenen Schatten Angst habe. Trotz solcher Entgleisungen des Vorsitzenden des Reichsausschusses für die olympischen Spiele sei die Bewilligung notwendig im Interesse des deutschen Ansehens und der körperlichen Fortbildung unserer Jugend. Auch Ministerialdirektor Seiwald trat namens der verbündeten Regierungen sehr warm für die Wiederherstellung der 46 000 M. ein.

Die Entgleisungen des Herrn v. Bobbielski.

Berlin, 14. Febr. (Fig. Drahtbericht) Bei der gestern stattgefundenen (an anderer Stelle erwähnten) Schöfferversammlung kam zum Schluß Staatsminister A. v. Bobbielski auf die Kapitäne der Handelsmarine zu sprechen, die er als Männer nicht nur des Wortes, sondern auch der Tat feierte. Nach einigen humoristischen Worten führte der Redner einen Seitenhieb gegen den Reichstag aus und kam dabei auf die Zuhörer Angelegenheit zu sprechen. Der heilige Reichstag mit seinem Wehrmannsbohum gleiche Peter Schlemihl, der vor seinem eigenen Schatten Angst habe. Die Worte sind es nicht, die entscheiden, sondern die Taten.

Zur Ministerkrise in Rußland.

Witte der kommende Mann? **wh. Paris, 14. Febr.** Die hiesige öffentliche Meinung verfolgt mit größtem Interesse die Lösung der russischen Ministerkrise. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Übernahme der Ministerpräsidenten durch Goremykin nur als ein Provisorium angese-

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 fl. holl.	fl.	1.70
1 alter Gold-Rubel		3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel		2.16
1 Peso		4.—
1 Dollar		4.20
7 fl. sächsische Währ.		12.—
1 Mk. Bae.		1.50

71.	18 93
...	...

3/4	Rh. Prov. S. 2 u. 6	84,50
3/4	Südd. B. C. 1/2, 3/4, 4/3	96,90
3/4	do. bis inkl. S. 52	88
3/4	Westf. Bod. Köln S. 7	94
3/4	do. „ „ S. 8	92,30
3/4	do. „ „ S. 3 u. 4	84,25
3/4	do. „ „ S. 9	84,25
3/4	Würt. H.-B. Em. b. 92	95,10
3/4	do. „ „ „	86
3/4	Würt. Kreditv. uk. 20	96
3/4	do. „ „ 12	86
3/4	Würt. Vertriebs. „ 20	96,46
3/4	do. „ „ 15	96,50
Staatlich od. provincial-garant.		
3/4	Ld. Meis.-H. uk. 1913	96,76

4.	do.	L. K. (Crisse) S. 22 uk. 1914	86.50
4.	do.	S. 23 " 1914	86.50
4.	do.	S. 24 uk. 1921	87.
4.	do.	S. 25 " 1922	87.75
3/2	do.	S. 26 " 1917	87.
4.	Nass. L.	B. L. V. W. 15	89.
4.	do.	Lit. Z. uk. 20	90.
3/2	do.	Lit. U. A. X	90.
3/2	do.	F. O. H. K. L	91.50
3/2	do.	M. N. P. Q	91.50
3/2	do.	Lit. R. S.	91.50
3/2	do.	Lit. T	91.50
3.	do.	Lit. G.	87.

Zf.		In M.
4.	Aschaffb. Buntp. Hyp. »	90.
4.	Bank für industr. U. »	—
4.	Budesa Eisenwerk »	39.50
4.	Cementw. Heideberg »	100.
4 1/2	Chem. Bad. Anil. »	101.50
4 1/2	do. Blei- u. Silb. Braub. »	95.
4 1/2	do. Griesheim El. »	100.50
4 1/2	do. Farb. Höchst »	100.50

4.	do. d. Mannh.	98.
4 1/2.	do. Kalle & Co. H.	97.
4 1/2.	Disch-Lesemb. u. M.	97.75
4 1/2.	Exp.-B. Frankl u. S.	99.50
3 1/2.	do.	86.
4 1/2.	Lesemb.-Renten-B.	99.50
4.	do.	93.25
4 1/2.	Elktr.-Allg. Ges. S. VI	101.40
4 1/2.	do. S. VII	101.40
4 1/2.	do. Disch. Ueberserg	102.70
5.	do. Ges. Lahnreyer	97.
4 1/2.	do.	99.50
4 1/2.	do. Rheingau u. 17	99.50
4 1/2.	do. Schuckert v. 06	99.
4.	do.	97.50
4 1/2.	do. Rhein. nk 15/17	95.50
4 1/2.	do. Betr. A.-G. Siem.	98.90
4 1/2.	do. Siem. u. Halske	100.40
4.	do.	93.50
4 1/2.	do. Voigt u. Hartl. FK3	100.
4 1/2.	do. Schürder Hot. Hpt.	95.
4 1/2.	Hötel Nassau, Wiesb.	95.
4 1/2.	Mannh. Lagerh.-Ges.	94.80
4.	do. Metall.-Ges. Frankf.	100.70
4.	Oelfabr. Verein Dtsch.	99.50

4.	do.		97.50
4W	do.	Rhein, uk, 15/17	95.50

4.	Badische Prämien Thlr.	176.
5.	Danub.-Regulierung 6 fl.	169.
3 1/2	Goth. Pr.-Pfdbr. 1 fl. Thlr.	170.10
1.	Hamburg von 1856	177.60
3.	Hell. Kom. v. 1871 h.fl.	115.80
3 1/2	Köln-Mindener Thlr.	141.50
3.	Madri der, abgest.	77.60
4.	Meining. Pr.-Pfdbr. Thlr.	141.50
2.	Oesterreich, v. 1850 6 fl.	181.
3.	Oldenburger Thlr.	129.50
5.	Russ. v. 1864 a. Kr. Rbl.	493.
5.	do. v. 185-6 a. Kr.	385.
3 1/2	Schlusweisb. R.-Gr. 6 fl.	110.30

Unverzinsliche Lose.

Zi	Per St in Mk.
Augsburger	fl. 7 34.60
Braunschweiger	Thlr. 20 202.50
Mailänder	Le 45 150
do.	Le 10 41
do.	s. fl. 7 34.50
Meininger	s. fl. 100 603.
Oesterr. v. 1854	s. fl. 100 553.
do. Cr. v. 58	s. fl. 100 177.
Türkische	Pr. 600 150.
Ung. Staatsl.	s. fl. 100 439.80
Venetianer	Le 30 74.80

Geldsorten.	Brief.	Geld.
Engl. Sovereign p. St.	20.45	20.41
20 Francs-St.	16.27	16.32
Oesterr. fl. 5 St.	—	16.24
do. Kr. 20 St.	—	16.20
Gold-Dollars p. Doll.	—	4.18
Russ. Imp. p. St.	—	214.80
Gold Altscheid p. Ko.	280	2700
Goldf. Scheideg.	280	—
—	280	75.50

Österreich. Noten	30.30	4.10 1/2
Amerikanische Noten	4.20	4.10 1/2
(Doit. 5.—1000) p. D.		4.10 1/2
Belg. Noten p. 100 Fr.	81.	80.90
Engl. p. 1 Lstr.	20.48	20.44
Frz. p. 100 Fr.	81.35	81.35
Holl. p. 100 fl.	169.60	169.50
Ital. p. 100 L.	81.15	81.05
Öest.-Ung. p. 100 Kr.	85.25	85.15
Russ. Gr. p. 100 R.	—	215.
d. (1u. 3 R.) p. 100 R.	—	214.50
Schweiz. N. p. 100 Fr.	81.20	81.10

In Mark	
Paris . . . Fr. 108	81.15
Schweiz . . . Fr. 108	71.10
S. Peterab. S.-R. 100	215 1/2
Triest . . . Kr. 100	—
Wien . . . Kr. 100	83.15

Chartered	1.08
De Beers deferred	19.37
East Rand	2.04
Goldfeld	1.37
Goers	0.59
Goldfields	2.57
Jagersfontein	5.37
Mooderfontein	12.43
Premiers	0.50
Rand Mines	6.16

Fonds.	
5 Argentinier von 1900	101.50
4 do. von 1897/1900	84.50
Argent. Navigatord.	19
do. preferred	25.
4 Brasilianer von 1899	75.50
3 Buenos Aires	68.25

2 1/2 do. von 1888	94.25
3 Deutsch. Reichsanleihe	78.
2 1/2 Engl. Konsols	76.15
4 Griech. Mon.	58.
4 Japaner von 1905	78.25
3 1/2 do. II	93.25
3 1/2 Ind. Rupees Anl.	64.37
5 Mexican. Exp. Anl.	8.

Schlusskurse vom 12. Februar:

Amerikanische Bahnen.		Chartered.	1.08
Atchison Top. common	101.25	De Beers deferred	19.87
Baltimore and Ohio	95.75	East Rand	2.04
Canda Pacific	223.37	Gerdau	1.37
Chicago-Milwaukee	105.	Goetz	0.59
Denver & Rio common	16.35	Goldfields	2.57
Eric common	31.75	Jagersfontein	5.37
Great Western	14.	Moddertfontein	19.43
Louisville v. Nashville	141.50	Premiers	0.50
Mis. Kns. Texas	22.25	Rand Mines	6.16
New York Ontario West	30.50		
Pensylvania Railroad	58.	Fonds.	
Reading	36.50	5 Argentinier von 1890	101.50
Rock Island	7.75	4 do. von 1897/1900	34.50
Southern Pacific	99.62	Argent. Navigatorf.	19
do., Railway common	27.92	do. preferred	25.
Steels common	27.25	4 Brasilianer von 1889	75.50
Trunc common	23.	3 Buenos Aires	58.25
Union Pacific common	187.67	5 Chineren von 1896	70.00
		4½ do. von 1898	94.25
Minen.		3 Deutsch. Reichs anstalte	78.
Amalgamated	76.	2½ Engl. Konsols	76.15
Anacoda	7.65	4 Griech. Mon.	58.
Rio Tinto	72.87	4 Japaner von 1893	78.25
Tung. Cons.		¼ do. II	93.25
Utah Copr.	11.37	4½ Ind. Stueps Anl.	64.37
Centr. Min.	6.62	5 Mexican cop. anl.	82.